Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 3. April 1926 — Sonnabend Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint an Sonntags- und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Bild im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 35 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang — Nr. 156 — 3. 4. 26

Zum Tage.

Schon gegen Ende des Jahres 1924 wurde gerüchtweise davon gesprochen, daß ein Leipziger Physiker sich mit der Entwicklung eines neuen Bildübertragungs-Systems beschäftigte. Wie auch bei der Entwicklung anderer technischer Dinge bewährte sich hier das System der Geheimniskrämerei nicht, sondern alles Wissen wurde alsbald, daß in Leipzig mit Unterstützung von Telefunken umfangreiche Versuche im Laboratorium des Physikers Carolus vorgenommen wurden, um ein drahtloses Übertragungssystem zu entwickeln. Es hat heute etwa ein Jahr gedauert, bis über das System selbst im Elektrotechnischen Verein von den Herren, die an der Entwicklung beteiligt waren, nähere Angaben gemacht wurden. Alle die, welche vorzeitig mit der Lösung des Problems des Fernsehens gesprochen hatten, wurden hierdurch ernüchtert und dahin belehrt, daß es sich hier um die Übertragung feststehender Bilder (Handschriften) herstelle und daß noch nicht die Übertragung bewegter Bilder (Fernsehen) gelungen war, denn bevor es nicht möglich ist, mit einer Bildfernübertragungseinrichtung in einer Sekunde fünfzehn bis achtzehn Einzelbilder zu übertragen — ähnlich wie beim Kinomatographen — kann aus dem Bildübertragen noch kein Fernsehen werden. Daß es aber gelungen ist, Schriftzeichen und Bilder von Optischen ins Elektrische zu übersetzen und die elektrischen Bilder wieder in optische zu verwandeln, ohne dabei an irgendeine Drahtleitung gebunden zu sein, muß als beachtenswerter Erfolg der deutschen Physik und Technik verbucht werden. Wie weit das neue System im praktischen Verkehr Bedeutung erlangen wird, hängt von seiner Wirtschaftlichkeit ab. Immerhin kann man schon heute sagen, daß im Geschäftsleben, in der Kriminalistik, in der Wetterkunde, in der Medizin und auf anderen Gebieten eine getreue Uebermittlung von Schriftzügen oder Bildern, medizinischen Beobachtungsergebnissen oder fingerabdrücken von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Ohne sich auf eine Prophezeihung einzulassen, muß man heute schon sagen, daß das Bildübertragungssystem Carolus-Telefunken, welches an keinen Telegraphendraht und an kein Kabel mehr gebunden ist, im Rahmen unserer modernen Nachrichtentechnik einen schönen Erfolg bedeutet und nach vielen Seiten hin entwicklungsfähig ist.

*

Ein **Dawes-Plan für China** scheint das neueste Gebilde zu sein, auf das die Diplomatie hinarbeitet. Kein Wunder, da ja das Beispiel Deutschlands gezeigt hat, wie man durch diese Methode langsam, aber sicher, die Brutalität unter dem Mantel der christlichen Nächstenliebe verbergend, einem Volke den letzten Tropfen Blut aus seinen Adern pressen kann. Man muß einen derartigen politischen Plan ironisch belächeln, wenn man sich bewußt wird, daß er gerade von solchen Mächten eifrigst betrieben wird, die selbst weit mehr als China verschuldet sind, und ihre eigenen Finanzen nicht in Ordnung bringen können, ganz abgesehen davon, daß sie nicht uneigennützig sind. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten bieten, die dem Reich der Mitte zur Verfügung stehen. Um der Außenwelt diese Absicht schmackhaft zu machen, müssen selbstverständlich die chinesischen Finanzen als heillos zerrottet hingestellt, und der jeweiligen chinesischen Regierung jede Möglichkeit abgeschnitten werden, auch nur ihre dringendsten finanziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Aus diesem Grunde wurde bisher jedem chinesischen Finanzminister, der um eine entgegenkommendere Interpretation der internationalen Abkommen und Verträge Chinas bat, eine schroffe Antwort gegeben. Jetzt, da die nach Peking zurückströmende geschlossene Kuo-min-Armee die wertvolle Sicherheit der Herren Diplomaten in Peking selbst gefährdet, schwindet plötzlich das starre Prinzipienreiten. Binnen wenigen Stunden sind zwei Millionen flüssig gemacht, um wenigstens den rückständigen Sold der Polizei der Reichshauptstadt zu bezahlen. Nicht um der chinesischen Regierung zu helfen, sondern aus Angst vor persönlichen Unannehmlichkeiten gegenüber einer ausgehungerten Soldateska. Es ist bezeichnend, daß ein bisschen Gefahr für Leib und Leben der diplomatischen Vertreter in Peking genügt hat, Konzessionen zu erzwingen, die bisher nicht erreicht werden konnten, trotzdem offensichtlich der revolutionäre Dauerzustand in China die schwere Schädigung der Weltfriedens und die Weltwirtschaft darstellt. Wie aus Peking gemeldet wird, beabsichtigt anscheinend die immer noch tagende Zollkonferenz, China die längst zugesagten Zollerhöhungen nur dann zu bewilligen, wenn die chinesische Regierung ihre Verpflichtungen aus der unfundierten auswärtigen Schuld begleicht oder durch die erhöhten Einkünfte sicherstellt. Dabei weiß selbst die englische Presse darauf hinzuweisen, daß an Ruhe und Frieden nicht zu denken sei, wenn nicht der Zentralregierung die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die früher üblichen Zuwendungen an die Provinzialregierungen wieder aufzunehmen, die friedführenden Generale zu befriedigen und die Armeen aufzulösen. Gewiß soll China auch seine unfundierten Schulden sicherstellen, aber das kommt erst in zweiter Linie in Frage und kann ohne weiteres durch eine entsprechende Erhöhung der Zolleinkünfte erreicht werden. Diese Erhöhung ist um so mehr berechtigt, da dadurch immer noch nicht die Höhe der Zölle der anderen Nationen erreicht wird und Chinas Wirtschaft bei geordneter Regierung die Sicherheit bietet, daß sein internationaler Handel durch diese Zollerhöhung keinen Schaden leidet. Die internationalen Lage Chinas gibt zurzeit berechtigte Hoffnung auf die Möglichkeit einer friedlichen Lösung. Benutzt die internationale Diplomatie diese Gelegenheit nicht, so gibt sie einen erneuten Beweis ihrer Unfähigkeit oder ihres bösen Willens.

*

Die englische Presse hat teilweise stark amerikanische Gewohnheiten angenommen. Viele ihrer Blätter sprechen gern in gehäuften Superlativen. So wird die Polizei das geheime Munitions- und Sprengstoffloger, das neuerdings in der irischen Hauptstadt, und zwar in einem an einer Hauptverkehrsstraße gelegenen Hause, entdeckt hat, als „das größte Kriegsmunitionslager, das jemals in Dublin aufgespürt wurde", bezeichnet. Immerhin gehören bei achtzehn Kisten Sprengstoff, die hier vorgefunden wurden, in die lange Geschichte der irischen Verschwörungen, dieses alte und, wie man sieht, immer noch nicht abgeschlossene Sorgenkapitel John Bulls. Sind doch auch dieser Tage die Verschwörerverhandlung statt gegen den irischen Schwärmer Daly, der am Patrick-Tag Stinkbomben in den Bankettsaal geworfen hatte, wo der Premierminister mit anderen Ehrengästen bei „Kuda der vier Provinzen" saß. — Die englische Justiz arbeitet immer sehr prompt. Die französischen Gerichte haben genau drei Jahre gebraucht, um einen Fall zum Abschluß zu bringen, der gleichfalls in das Gebiet der politischen Attentatsverüberung gehört: Der französische Abgeordnete Violette, Mitglied der radikalen Partei und Gouverneur von Algier, ist mit einer Schadensersatzklage gegen die zur Gruppe der „Camelots du roi" der französischen Abart der Faszisten, gehörigen Herren Maurras und Henri Martin durchgedrungen. Immerhin hat das Gericht ihm einige heraldische Attribute an seiner ursprünglichen Forderung gemacht. Er soll jetzt 800 Franken erhalten als Ersatz für die seiner Frau und ihm verdorbenen Kleider. Diese juristische Entscheidung ist der letzte Ausläufer einer politisch gar nicht so leicht zu nehmenden Angelegenheit. Es war noch in der Aera Poincaré. Bei der erwähnten französischen Gruppe machte sich das faszistische Beispiel Italiens in verdunkelnder Weise bemerkbar. Violette befand sich, in Begleitung seiner Gattin, auf dem Wege zu einer Versammlung, die eine Kundgebung gegen den Faszismus werden sollte. Da wurden er und seine Begleiterin unterwegs überfallen und mit violetter Tinte übergossen. Die Uebeltäter waren die beiden genannten Mitglieder der „Action Française". Gleichzeitig wurde dem der französischen Faszisten gleich verhaßten Abgeordneten Sanguier gewaltsam Rizinusöl eingeschüttet, eine gleichfalls von den italienischen Faszisten übernommene Art der Mißhandlung. Das dritte Opfer war der Abgeordnete Moutet, der sich gegen seine Angreifer kräftig zur Wehr setzte; er bekam jedoch einen schweren Stockhieb über den Kopf. — An diese drei Jahre zurückliegende Ereignisse erinnert jetzt der Schadensersatzprozeß für die tintenbeschütteten Kleider von Herrn und Frau Violett. Es hat sich, seit diese Dinge passierten, doch vieles verändert — auch in Frankreich.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Kampfhandlungen im Irakgebiet.

Britische Streitkräfte greifen zum Schutz des Mandatsgebiets ein.

Bagdad, 3. 4. (Reuter.)

Britische Tanks traten gestern vormittag an der Grenze zwischen Syrien und dem Irakgebiet in Aktion, als große Teile Irisch-arabischer Stämme einen Stamm des Irakgebiets angriffen, dem die Verteidigung ihrer Grenzpolizei oblag. Der Feind überschritt mit 2000 Mann die Grenze des Irakgebiets. Die britischen Tanks fügten den einbringenden Stämmen schwere Verluste zu; als Flugzeuge erschienen, floh der Feind unter Zurücklassung von 45 Toten; die Verluste des Feindes an Verwundeten sind nicht bekannt. Vor dem Eingreifen der britischen Kräfte hatten die britischen Offiziere Anweisung erhalten, den Zeichnungen des Scheichs Habil von der Eröffnung von Feindseligkeiten nicht zu folgen und der Verfolgung über die Grenze des Irakgebietes hinaus zurückzuhalten.

Beginn der französischen Offensive in Syrien.

Paris, 3. 4. (W. T. B.)

Die Blätter vom Freitag veröffentlichen eine vom 1. April datierte Meldung aus Beirut, der zufolge gestern vormittag die Franzosen im südlichen Libanon eine Offensive eingeleitet haben. Eine französische Abteilung, die von Artous nach Kunetra vorging, ist, den vorliegenden Nachrichten zufolge, mit Drusen zusammengestoßen und hat diese in die Flucht geschlagen. Die Drusen ließen zehn Tote auf dem Kampfplatz zurück. Eine andere Abteilung, die von Aqoua nach Kunetra marschierte, hatte ebenfalls ein Gefecht mit einer Abteilung Drusen zu bestehen, bei dem die Drusen vier Tote hatten und die Franzosen zahlreiche Gewehre und Munition erbeuteten.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheit über die syrische Frage.

London, 3. 4. (Z. U.)

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, bestehen zwischen der französischen und englischen Regierung Meinungsverschiedenheiten in der syrischen Frage. In London ist man der Ansicht, daß Frankreich als Mandatsmacht nicht berechtigt ist, ohne Zustimmung des Völkerbundes den neuen französisch-türkischen Vertrag über die syrische Grenze zu ratifizieren. Der Völkerbund, dem das syrische Gebiet eigentlich unterstehe und in dem Frankreich nur als Beauftragter des Völkerbundes die Verwaltung führe, müsse, so verlangt man in amtlichen englischen Kreisen, den Vertrag einer eingehenden Prüfung unterziehen. In London erklärt man, daß der Vertrag gewisse territoriale Aenderungen vorsehe, was gegen den Grundsatz verstoße, daß eine Mandatsmacht keinerlei Mandatsgebiete oder Teile dieser ohne Genehmigung des Völkerbundes abtreten könne. Der Vertreter Frankreichs im Völkerbundsrat, Paul-Boncour, stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß die Grenzberichtigungen durch die Klauseln des Angora-Abkommens von 1920 gestattet seien. Auch der Lausanner Vertrag sehe derartige Aenderungen der Grenzlinie vor.

Friedensbemühungen im Marokko?

Scharfe Garantieforderungen Frankreichs und Spaniens.

a. Paris, 3. 4. (Eigenbericht.)

Am Quai d'Orsay fand gestern abermals eine längere Beratung zwischen Briand, Painlevé, Steeg und dem Marschall Pétain über Marokko statt. Bereits vor einigen Tagen ist im Zusammenhang mit diesen Besprechungen gemeldet worden, daß es sich um neue Friedensbemühungen handelt, die infolge der französisch-spanischen Garantieforderungen auf Schwierigkeiten stoßen. Auf Information von hohamtlicher Seite wird diese Sachlage nunmehr offen bestätigt. So spricht der „Petit Parisien" von der

Möglichkeit eines Waffenstillstandes auf der gesamten Front,

jedoch müsse Abd el Krim vorher Garantien für seine Unterwerfung geben, die den bei den Mördrier Verhandlungen festgesetzten Bedingungen entsprächen. Das Blatt fügt hinzu, die Friedensfühler Abd el Krims hätten sich in letzter Zeit ständig gemehrt, doch sei gegenüber dem Führer der Rifleute die größte Vorsicht geboten; es dürfe daher angenommen werden, daß bei den Besprechungen der für diese Angelegenheit verantwortlichen Persönlichkeiten in Uebereinstimmung mit der spanischen Regierung eine Politik des vorsichtigen Abwartens beschlossen worden ist.

Abd el Krim soll übrigens in letzter Zeit

seinen Einfluß bei den Stämmen gestärkt

haben, indem er nach dem Muster europäischer Hauptpolitik die Tochter des Führers der Raisoli heiratete. Der Engländer Canning, der als Agent des Riffführers tätig ist und, wie man sich erinnern wird, bei seinen letzten Besuchen von den Pariser amtlichen Stellen gewürdigt wiederum in der französischen Hauptstadt, behauptet aber, nur als Tourist gekommen zu sein. Wichtiger dürfte sein, daß der spanische Oberkommissar für Marokko, ein General Sanjurgo, unerwartet mit Flugzeug in Madrid eingetroffen ist, was ebenfalls auf eine Wandlung der Lage hinzudeuten scheint. Abd el Krim soll von einigen Tagen in einem Manifest erklärt haben, der Friede werde bald erreicht sein.

Der Senat nimmt Kopf- und Umsatzsteuer an.

a. Paris, 3. 4. (Eigenbericht.)

Die Beratung der neuen Finanzgesetze durch den Senat macht schnelle Fortschritte. Die Finanzkommission hat bereits die beiden wichtigsten Artikel, nämlich die Kopfsteuer und die Erhöhung der Umsatzsteuer, angenommen, und zwar ohne Veränderungen. Dagegen beschloß die Kommission, die Artikel über die Schaffung eines Einfuhrmonopols für Petroleum und Zucker von der Vorlage abzutrennen und in einer besonderen Prüfungskommission zu überweisen. Besondere Schwierigkeiten sind von der Beratung dieser Maßregel jedoch nicht zu erwarten. Im Gegenteil dürfte die Regierung, die bekanntlich dem Petroleummonopol stark ablehnend gegenüberteht, dabei von vornherein auf die Unterstützung des Senats zurechnen haben. Heute vormittag wird sich die Vollversammlung des Senats mit der Bearbeitung der Finanzgesetze befassen.

Die erste drahtlose Bildübertragung.

Von Berlin nach Wien nach dem System Telefunken-Karolus.

Wien, 3. 4. (Eigenbericht.)

Heute nacht hat die erste Bildfernübertragung nach dem deutschen System Telefunken-Karolus von Berlin nach Wien stattgefunden. Der Präsident der Bundesbahnen Dr. Frank, Reichspostminister Stingl, Staatssekretär Dr. Bredow, Dr. h. c. Franke, Geheimrat Dr. h. c. Karl Friedrich v. Siemens und Direktor Dr. h. c. Graf v. Arco hatten für dieses bedeutsame Ereignis besondere Autogramme zur Verfügung gestellt. Der Bildsender befand sich in den Laboratoriumsräumen der Telefunkengesellschaft und steuerte über eine Freileitung den 20-Kilowatt-Sender von Königswusterhausen. Der Bildempfänger war auf der Empfangsstelle der Radio-Austria auf dem Laaberg in Wien aufgestellt. Die Uebertragungen sind ausgezeichnet gelungen.

*

In der Geschichte der Bildtelegraphie bedeutet diese Uebertragung einen neuen Marksteine. Seitdem man vor einigen Jahrzehnten schwarzweiße Bilder um Handschriften auf gewöhnlichen Telegraphenleitungen übertragen gelernt hatte, setzte gleichzeitig die Arbeit an der Ausbildung einer drahtlosen Bildübertragung ein. Nach außen hin praktisch nicht bemerkbar. Violette befand sich, in Begleitung seiner Gattin, auf dem Wege zu einer Versammlung, die eine Kundgebung gegen den Faszismus werden sollte. Da wurden er und seine Begleiterin unterwegs überfallen und mit violetter Tinte übergossen. Die Uebeltäter waren die beiden genannten Mitglieder der „Action Française". Gleichzeitig wurde dem der französischen Faszisten gleich verhaßten Abgeordneten Sanguier gewaltsam Rizinusöl eingeschüttet, eine gleichfalls von den italienischen Faszisten übernommene Art der Mißhandlung. Das dritte Opfer war der Abgeordnete Moutet, der sich gegen seine Angreifer kräftig zur Wehr setzte; er bekam jedoch einen schweren Stockhieb über den Kopf. — An diese drei Jahre zurückliegende Ereignisse erinnert jetzt der Schadensersatzprozeß für die tintenbeschütteten Kleider von Herrn und Frau Violett. Es hat sich, seit diese Dinge passierten, doch vieles verändert — auch in Frankreich.

kbg. Wien, 3. 4. (Eigenbericht). Die tschechische Regierung hat das Durchsuchverbot für politische Schmeine, die für den österreichischen Markt bestimmt sind, wieder aufgehoben. Diese Maßnahme ist offensichtlich, ein Ergebnis des Prager Aufenthalts des Bundeskanzlers Ramek.

Amerikas Gleichgültigkeit gegen Europa.

Wachsende Verstimmung über den Genfer Mißerfolg.

a. Paris, 3. 4. (Eigenbericht.)

Der „New York Herald" läßt sich aus Washington melden, daß die Rückwirkungen des letzten Mißerfolges des Völkerbundes in nervösen amerikanischen Kreisen immer stärker bemerkbar werden. Es sei kaum noch zweifelhaft, daß die Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen über das Weltschiedsgericht keinen Vertreter entsenden würden, auch nicht in inoffiziellter Eigenschaft. Die amerikanische Regierung habe in letzter Zeit sowohl in London als auch in Paris ihren Standpunkt zu dieser Angelegenheit nochmals entwickeln lassen.

Die aus London eintreffenden Nachrichten, daß Lord Cecil die Unterschriftsfrage in die kommenden Verhandlungen der Entwaffnungskonferenz einbeziehen wolle, seien in Washington mit völliger Gleichgültigkeit aufgenommen worden. Die amerikanische Delegation werde angewiesen werden, diese etwaigen Bemühungen zu unterstützen, und es sei so gut wie sicher, daß sich die Vereinigten Staaten einer Beschränkung der Unterschrift widersetzen würden, da nach amerikanischer Auffassung die Benutzung von Unterschriftsvorgängen durchaus rechtmäßig sei.

Memel und die litauischen Wahlen.

dz. **Memel**, 3. 4. (Eigenbericht.)

Die litauische Oberste Wahlkommission hat dem Wahlbezirk Memel 5 Abgeordnete auf 141 274 Einwohner zugesprochen. Im Memellande hat man auf 6 Abgeordnete gerechnet. Durch die Kenderung des § 50 des Wahlgesetzes ist dieser in Fortfall gekommen. In § 9 war nämlich bestimmt, daß, wenn sich in einem Wahlkreis ein Rest von mindestens 12 500 Einwohner ergibt, für diesen Wahlkreis ein Abgeordneter hinzukommt. Die „Memelländische Rundschau" bemerkt dazu: „In unserem Wahlkreis beträgt der Rest 13 610, darauf hätten wir den 6. Abgeordneten erhalten müssen. Hinzu kommt, daß bei einer Wahlzahl von 25 000 wie sie in dem Wahlgesetz früher bestand, dieser Rest sogar noch bedeutend größer ausgefallen wäre. In der Mißachtung des Wahlgesetzes ist die Bestimmung daß § 9 über die Berücksichtigung des Restes von 12 500 gestrichen, die Abgeordnetenzahl auf 85 festgesetzt und es einfach der Obersten Wahlkommission überlassen worden, die Zahl der Abgeordneten in den Wahlkreisen festzusetzen. Die Kenderung des Wahlgesetzes hat also offensichtlich nur den Zweck verfolgt, den Memelländern den 6. Abgeordneten zu nehmen. Dieses Manöver der christlichen Demokraten ist scheinbar auch von der Opposition nicht durchschaut worden, sonst hätte sie es sicher verhindert.

Das ist aber noch nicht alles! Um die Berechnung der Abgeordnetenzahl richtig auszubalancieren, war es nötig, auch noch die Einwohnerzahl des Memelgebiets um 1711 zu kürzen, sonst hätte der Rest des Memelgebiets möglicherweise noch den von Telschiai (15 643) erreicht. Nach den Angaben des statistischen Büros beim Landesdirektorium beträgt die Einwohnerzahl des Gebiets nicht 141 274, sondern 142 985 Einwohner einschließlich des Militärs. Ob die Einwohnerzahlen des litauischen Wahlbezirkes auf dieselbe Weise — natürlich zu ihren Gunsten — korrigiert worden sind, läßt sich von hier aus nicht feststellen. Jedenfalls muß man sich angesichts der unrichtigen Einwohnerzahl des Memelgebietes versucht fühlen, einige Zweifel an der Richtigkeit der Abgeordnetenzahl zu hegen.

Noch keine Entscheidung in der jugoslawischen Krise.

kbg. **Wien**, 3. 4. (Eigenbericht.)

In der jugoslawischen Ministerkrise ist noch keine Entscheidung erfolgt. Die gestrige Sitzung des Radikalen Klubs hat mit großer Mehrheit Pasitsch das Vertrauen ausgesprochen; damit wird das Schicksal des Kabinetts in seine Hand gelegt. Es verlautet, der Ministerpräsident Pasitsch nehme den demissionierenden kroatischen Ministern gegenüber den Standpunkt ein, daß diese aus der Regierung austreten müßten, weil ihrem Verlangen nach einer vorzeitigen Einberufung der Skupschina infolge der Stellungnahme des Radikalen Klubs nicht entsprochen werden könne. Erst nach Annahme des Rücktritts dieser Minister könne bei der notwendig werdenden Umbildung der Regierung von dem Wiedereintritt des einen oder anderen kroatischen Ministers die Rede sein.

Bombenflugzeuge über Peking.

Peking, 3. 4. (Reuter.)

Heute vormittag überflogen Bombenflugzeuge der verbündeten Truppen Peking mit dem offenbaren Ziel, das Hauptquartier der Kuomintschun-Armee anzugreifen. Vier 60 pfündige Bomben fielen auf das Gebäude des Winterpalastes in der Nähe der französischen Mission an der Kathedrale Pattang. Es wurde niemand verletzt.

Unruhen in Kalkutta.

Paris, 3. 4. (T. U.)

Nach einer Meldung aus Kalkutta ist das Mohammedanerviertel von Kalkutta infolge blutiger Zwischenfälle, die zwischen Hindus und Mohammedanern ausgebrochen sind, von den Eingeborenen vollständig verlassen. Die Theater und Geschäftshäuser der Hindus sind geschlossen, Polizeipatrouillen durchziehen die Straßen. Die Zwischenfälle entstanden, weil eine indische Sekte eine Prozession veranstaltete, die an einer Moschee vorbeizog. Die Mohammedaner protestierten, worauf sich ein heftiger Kampf entwickelte. Zwei europäische Polizeibeamte wurden verwundet. Auf seiten der Hindus und Mohammedaner zählte man ungefähr 20 Tote und 150 zum Teil Schwerverwundete.

Die Saarregierung vor dem Bankerott.

Die Hoffnungen auf den neuen Präsidenten.

Saarbrücken, 3. 4. (Eigenbericht.)

Der Landesrat, unser Ersatzparlament, das heute mit der Beratung der Steuervorlagen der Regierungskommission beginnen sollte, hat seine Vollsitzung auf unbestimmte Zeit vertagt, weil ein Eintritt in die Tagesordnung sich angesichts der fortgesetzten Anträge und Eingaben der verschiedensten Wirtschaftsgruppen an sämtliche Parteien als unmöglich herausstellte. Das Budget der Saarregierung sieht vor einen

neuen Defizit von etwa 80 Millionen Fr.

die sich aus der Verbesserung der Einkommensteuer zugunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger im Betrage von etwa 20 Millionen und den Gehaltsaufbesserungen der Beamtenschaft genau dem Baden-Badener Abkommen ergeben. Diesen Fehlbetrag beabsichtigt die Regierungskommission durch Erhöhungen der Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, indirekten Steuern usw. zu decken. Die gesamte Bevölkerung, die bekanntlich größtenteils aus schlechtbezahlten Arbeitern besteht, wehrt sich nachdrücklich gegen die neue Mehrbelastung, die überhaupt für das Wirtschaftsleben des Saargebiets untragbar erscheint. Es entspricht der Tatsache, daß die bedauerliche Neigung der Regierungskommission, die völlig unnützterweise von ihr selbst hervorgerufenen Defizite ihr Gesetzes, das Saargebiet als selbständiges Staatsgebilde zu bilden, auf die Saarbevölkerung selbst abzuwälzen, obwohl gerade diese scharf gegnerisch der Abtrennung vom Reiche jederzeit widerstrebte.

Nur um alle Bemühungen der Reichs möglichst durchzuschneiden, hat die Saarregierung sich den Luxus einer eigenen Eisenbahnverwaltung geleistet, die für ein so kleines Gebiet unverantwortlich ist und demnach auch im letzten Haushalt mit einem Verluste von 14,13 Millionen Fr. auftritt, der jedoch zweifellos tatsächlich ein Mehrfaches beträgt. Die Saareisenbahnen erscheinen wie ein großer Rangierbahnhof, dessen Betrieb wesentlich nach den Bedürfnissen des Kohlenabtransportes nach Frankreich eingerichtet wird: die einheimischen Beamten und Arbeiter nun ihren Dienst in einer exotischen, durpenfach abgestuften Uniform, die dem Einzelnenden sofort zeigen soll, daß das Reichsgebiet hier zu Ende ist.

Das gleiche gilt für die ebenfalls mit schweren Fehlbeträgen wirtschaftende Post- und Telegraphenverwaltung. Einzig schleunigster

Wiederanschluß dieser öffentlichen Betriebsanlage an das Reich

könnte einen vernünftigen Betrieb sichern. Ferner sollte die Regierungskommission mit der Sparsamkeit zunächst bei sich anfangen und ihren beschwerdereich aufgeblähten Beamtenapparat durch Entsparungen des Ueberamtsjahrs reichen, ungenügend vorgebildeten und fremdländischen Personals abbauen. Ein Hauptübel der saarländischen Finanzverhältnisse beruht jedoch in der bekannten Schonung des französischen Berfskinns, der, obwohl Inhaber unseres hauptsächlichen Bodenreichtums und Hauptarbeitgeber, durch unerhörte Veranlagungsmethoden nur zu einem Siebentel an den öffentlichen Lasten beteiligt ist. Alle diese, letztlich durch den französischen Annexions- und Ausbeutungswillen erwachsenen Mißbräuche geben dem neuen Saarpräsidium reichliche Veranlassung zu Anträgen, die Ausmaßung solchen Augiasstalles entschlossen in Angriff zu nehmen. Die Fiktion eines autarkischen Saarstaates — diese koktipielige Donquichotterie — muß endlich ausgeträumt sein! Von dem Jahresanfang an bis zum Ende des Jahres 1926 an die Spitze der Saarregierung tritt, sollte man den Einzug und die Verwirklichung nüchterner Tatsächlichkeit auf dem Boden der Saarverwaltung erwarten dürfen.

Schutz des geistigen Eigentums gegen moderne Technik.

a. Paris, 3. 4. (Eigenbericht.)

Auf Anregung der Vereinigung französischer Bühnenschriftsteller hat sich unter dem Vorsitz des Direktors des Völkerbundsinstituts für geistige Zusammenarbeit, Zuchiri, eine Sitzung statt, die sich mit der Frage beschäftigte, wie das literarische und künstlerische Eigentum gegenüber der Ausbreitung der drahtlosen Telegraphie geschützt werden könnte. Es wurde beschlossen, eine Studienkommission einzusetzen, die die Bildung eines internationalen Komitees von Bühnenschriftstellern und Komponisten in die Hand nehmen soll. Die in Frage kommenden Körperschaften jedes Landes werden eingeladen, ihre grundsätzliche Zustimmung dem Sekretariat der Studienkommission, 12 rue Hermel, Paris, mitzuteilen und ihre Vertreter für die weiteren Verhandlungen namhaft zu machen.

Schweres Einsturzunglück in einem Kino.

Mexiko, 3. 4. In einem Kinematographentheater stürzte während der Vorstellung eine Galerie ein. Fünf Personen wurden getötet, 92, darunter viele Frauen und Kinder, wurden verletzt.

Das Untersuchungsverfahren Rosen eingestellt.

rcr. **Breslau**, 3. 4. (Eigenbericht.)

In Sachen des Mordes an dem Professor Rosen waren, wie wir meldeten, die Handsame Neumann sowie das Ehepaar Stock aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Jetzt wird weiter mitgeteilt, daß das Verfahren gegen sämtliche Beschuldigten eingestellt worden ist. Insgesamt waren beschuldigt außer den drei erwähnten Personen das Ehepaar Stadtke, das Dienstmädchen Graysch, sowie die drei Strafgefangenen Fleischer, Hanke und Raminger. In der Voruntersuchung, die seit August vorigen Jahres läuft, wurden weit über 100 Zeugen vernommen. In dem Einstellungsbeschluß wird gesagt, daß die Einstellung nur wegen Mangels an Beweisen erfolge, und nicht etwa, weil die Unschuld der Beschuldigten sich ergeben habe. Ferner wird darin zum Ausdruck gebracht, daß eine Entschädigung aus diesem Grunde für die erlittene Untersuchungshaft abgelehnt wird. Die Gefangenen Fleischer und Hanke befinden sich zwar noch in Haft, aber in einer anderen Sache.

Die Rheinpolitik des dritten Napoleon

Von

Richard Bahr.

Vor vier Jahren etwa, auf dem Gipfel jener gegen Deutschland gekehrten französischen Politik, die bisweilen sogar mit dessen eigenen Mitteln, nur eine Fortsetzung des Krieges war, hatte Hermann Onken in einer tapferen, von heißer Vaterlandsliebe bewegten Schrift, darzustellen versucht, wie zum mindesten seit den Zeiten der beiden Ludwige und ihrer großen Berater die politische Mentalität sich nicht wandelte. Wie mit Methoden und Art auch der Geist, der diese Politik nimmerstatter Ruhmsucht und verzehrenden Hasses formte, der gleiche blieb: von den Raubkriegen und Reunionskammern des 17. Jahrhunderts über die Feldzüge der Revolutionsheere und des ersten Napoleon bis auf Clemenceau und Poincaré und die unterschiedlichen, zur Cant und Verkürzung Deutschlands ersonnenen Kommissionen von Versailles. Das Buch, in leidenschaftlicher Kampfluft geschrieben, konnte das Thema nicht ganz erschöpfen, war wohl auch mehr als Werkruf gedacht denn als wissenschaftlich minutiöse Untersuchung. Nun hat in diesen Tagen Onken aus ein neues Werk dazugelegt[9]) und hier spinnt er, in einer Einleitung von beiseitem Schwung, fort, was damals begonnen. Die Linien werden schärfer gezogen, auch die Jahre zwischen 1815, dem für Frankreich vielleicht zu gnädigen Friedensschluß, und dem Staatsstreich des jüngeren Napoleon rücken uns ganz nahe an das Gesichtsfeld, und da sie die auswärtige Politik des zweiten Kaiserreiches beschreibt, wird die Schilderung streng aktenmäßig, den Geschehnissen fast Monat für Monat, stellenweis gar Tag um Tag folgend. Diese Einleitung zeigt alle Vorzüge Onkenscher Darstellungsgabe: packenden plastischen Stil, die ethische Ausrichtung und jene Fähigkeit des „Zusammensehens", die erst den Historiker macht. Ihr Atem freilich geht nicht mehr ganz so rasch wie vor vier Jahren: mez Akten vorlegt, will nicht aufrütteln und erschüttern, will vor allem vor Freund und Feind bemeisen. Trotzdem bleibt so aufrüttelnde Wirkung auch Hermann Onkens neuer Arbeit sicher. Nun, die berichtungenen Jahre, die Napoleon III. von 1863 bis 1870 wandelte vielleicht, unerlich längst nicht mehr frei, wandeln mußte, plan und flar vor uns sich breiten, wird man in dem, was der bourgeois-liberale Thiers ihren „großen Geschehnissen", und der „gerechten Entrüstung" ihren „gerechten Anspruch" hieß — die Herrschaft am Rhein, gegrundet auf deutsche Ohnmacht —, doch wohl den immanenten Zug aller französischen Politik zu erkennen haben. „Das Königtum und der Konvent", urteilt Onken, „das Directoirum und das Kaisertum hatten ihren Anhängern in gleicher Weise lebendige Traditionen der Rheinpolitik hinterlassen, und es ist für die französische Geschichte des 19. Jahrhunderts eine entscheidende Feststellung, daß die Parteien, die nach dem ungeheuren Erlebnis der Napoleonischen Epoche im Jahre 1815 an die Herrschaft rangen, in diesem einen Punkt sich kaum voneinander unterscheiden, sondern sich, wenngleich in einer gewissen Schattierung der Motive, doch auf die eine unmidverstehbare und verpflichtende Tradition berufen können. Das ist es, was alle französischen Parteien doch wieder untereinander verbindet, gleich einer verschwiegenen Eintracht hinter der Versammlung der großen Zeitalter Napoleons III. in diesen Stücken nichts sich änderte, ist der Inhalt der aus den Archiven Preußens, Oesterreichs und der süddeutschen Mittelstaaten von Hermann Onken zusammengetragenen Dokumente.

*

In Frankreich begegnet man gemeinhin der Vorstellung: Napoleon III. sei gescheitert, weil er sich einer doktrinären und unfranzösischen Nationalitätenpolitik hingegeben und das Werk der großen Traditionen der französischen Außenpolitik aus dem Auge verloren hätte. Diese Auffassung wird man nun wohl aufzugeben haben. Es ist nicht ganz leicht zu entscheiden, wieweit es Napoleon mit der Nationalitätenpolitik überhaupt Ernst gewesen ist. Für Onken ist er schlechthin der Spieler, der Abenteurer, „der nichts hat als seinen Namen". Männer, die den letzten Napoleon der Franzosen gekannt und in der Oeffentlichkeit wie im Familienkreise beobachtet haben, entwerfen, wie der sicherlich nicht voreingenommene F. M. v. Radowitz, von ihm berichtet, ziemlich anderes Bild. Vielleicht hat mit dem intuitiven Blick der Genialität ihn am richtigsten Bismarck gesehen, da er, bald nach der Luxemburgischen Krise, meinte: „Die Gefahr für den Frieden liegt nicht in dem Wert Luxemburgs für Frankreich oder für den Kaiser, sondern in der Nachgiebigkeit des letzteren gegen die begehrlichen Leidenschaften der französischen Nation und in seinem Bedürfnis, die innere Schwierigkeiten durch äußere Erfolge zu überwinden." So viel jedenfalls ist gewiß: von der Stunde an, da Napoleon das erste Leben unter seinen Füßen spürt, verlässt ihm diese ganze Ideologie. Da ist die Nationalitätenpolitik ihm nur noch ein Stein auf seinem Brett, den er bald hier, bald dort einsetzt und, als die Partie denn höher und höher steigen, auch wohl (wie bei dem nach Wien gerichteten Angebot eines Offensiv- und Defensivbündnisses) mit siebender Hand vom Tisch fegt. Von nun an weiß Napoleon: er wird sich nur behaupten, wenn es ihm gelingt, seine Gewaltregierung und die Art, wie er zu ihr aufstieg, durch außenpolitische Erfolge und neuen Ruhm vergessen zu machen. Und kennt — vielleicht schon seit jener vertraulichen Unterredung mit dem preußischen Gesandten Otto

das unter den verschiedensten Einteilungen, als „historische Grenzen" erst und dann als „natürliche", schließlich als „Schicksalsgrenze" etikettiert, seit dem 17. Jahrhundert allen französischen Generationen vorausgeleuchtet hat: **„la marche ininterrompue vers les limites de l'ancienne Gaule."** Die Mittel freilich und die Methoden, mit denen der Kaiser solchen Ziel sich zu nähern sucht, wechseln. Wechseln, nachdem es zum Zerwürfnis von Sadowa", der Napoleon niederwirft und für Wochen außer Gefecht setzt, sprunghaft, unaufhörlich, mit einer solchen Fruchtlosigkeit. Heute bemüht er sich um Preußen, morgen um Oesterreich, ein paar Jahre hindurch wohl auch gleichzeitig um beide. Immer jedoch: im nämlichen Zug kann auch von beiden seine Schuldverschreibungen zu erhalten und durch Zuckerbrot und Peitsche die Mittelstaaten mit zusammen. Bald ist es der „grand Rhin", den Napoleon heischt, der rheinische Pufferstaat unter neutraler, wenngleich deutscher Führung. Bald der „petit Rhin", die Grenzen von 1814 mit Saarbrücken und Landau, die dann noch um die bayerische Pfalz und anschließende Landschaften erweitert werden sollen. Gelegentlich reckt sich der Grund des eroberungssüchtigen Sicherheitsbedürftigen wohl auch schon nach der Moselfinie (unter vorläufigem Ausschluß von Mainz und Koblenz) herüber, um heftig zurückgezogen zu werden, wenn sie auf Widerstand stößt. Doch in allen Abschattschelen und allem Wandel steht die Linie, der unbeirrt der Kaiser zutreibt, deutlich: Auflösung des Deutschen Bundes, der immerhin durch bald zwei Menschenalter ist. Unverletzlichkeit deutschen Bodens gesichert hatte, und Bürgerkrieg in Deutschland. Als Lohn für Frankreich, das ihn schürte, die Sehr Stellung am Rhein, die zugleich über die Vorherrschaft auf dem Kontinent entscheiden wird.

Mittel, Methoden, Taktik haben auch nach der Entäußerung von 1866, die ihm an dem Widersacher griff, bei Napoleon gewechselt. Er hat, indem er schon in Nikolsburg durch Benedetti seine Kompensationsforderungen anmelden ließ, die bisherige Drohung in Schmus ins Maßlose vergrößerte, zunächst es mit Preußen versucht. Auch später noch einmal, da er die Kompensationen, die Preußen vorweigert hatte, im Bunde mit ihm aus Belgien herauszuholen gedachte und — als mageren, wennschon für das Deutsche reichlich schmerzlichen Ertrag — die Neutralisierung Luxemburgs und die Schleifung seiner Festung hinbrachte. Seit dem Januar 1867 hat, mit dieser einen Ausnahme, Napoleon dann nur noch auf das österreichische Pferd gesetzt. Das wünschte er für den Ritt ins alte romantische Land zu gewinnen und um die Bedenken Franz Josephs zu überwinden, der den deutschen Nationalkrieg fürchtete und das Zaudern Beusts, dem die „Sentimentalität der Deutschösterreicher" Pein schuf, hat er der Habsburger Monarchie Schlesien geboten und die Vormachtigung, sich in Süddeutschland nach eigenem Gutdünken einzurichten. Dann welcher die Bildung eines deutschen Südbundes unter dem gemeinschaftlichen Protektorat von Oesterreich und Frankreich mit einem Bundesparlament in Wien und denselben Rechten für den Kaiser von Oesterreich, wie der preußische König sie im Norden besaß. Schließlich, als Basis für den Bundesvertrag, der, da es Ernst wurde, dann doch gebrach, das Gelobnis: die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis Deutschland in möglichst gleich starke Staaten zerlegt wurde. In diese Verhandlungen hat die Nationalitätenfrage keineswegs mehr hineingespielt. Hier hat Napoleon einfach nackt und hüllenlos um deutsches Land gefeilscht: und das linke Rheinufer, die bayerische Pfalz, den linksrheinischen Teil der Rheinprovinz, zuletzt gar um die westliche Hälfte Badens. Hat, von der öffentlichen Meinung seines Landes getrieben, von der Angst um den eigenen Thron gepeitscht, den Krieg gesucht, gerüstet, herausgefordert, damit die staatliche Konsolidierung des deutschen Nachbarn sich nicht vollende und die Zufriedenheit nach dem westfälischen Friedensschluß ihm wiederkehren. Anfang August 1870 hat der Herzog von Grammont dem russischen Geschäftsträger in amtlicher Form das Minimum der französischen Kriegsziele unterbreitet: Abtretung des Saarkohlenbeckens, die Grenzen von 1814, Zurückführung Preußens auf den Stand von 1866, Wiederverteilung der Depossedierten und „Konstituierung von Staatengruppen in Deutschland, welche die preußische Suprematie dauernd brechen würden". Für die Russen selber sollte, so sie sich neutral verhielten, auch wenn die französischen Armeen, den Friedensschluß diktierten, Berlin bleiben, Zamoyski abfallen. Man wird finden dürfen, daß diese Ziele sich kaum wesentlich von denen unterschieden, die wir in den Jahren zwischen **1805 und 1809 im Kriege von Napoleon gegen unseren französischen Ahnherrn erfuhren.** Selbst die Pokabeln und die Schein-**gründe,** hinter denen ihr traditioneller Bestandteil sich versteckt, sind die nämlichen. Die ewige Wiederkehr des Gleichen in der Geschichte und Politik der Franzosen.

★

Noch ein anderes Motiv klingt, aus eigenem Erleben uns nur zu wohl vertraut, in diesen Akten an: die unmäßige Furcht der Franzosen vor den Folgen deutscher Selbstbestimmung. Als Bismarck im Sommer 1867 den erneuerten Zollverträgen ein Kräftigung und Abschluß das Zollparlament eingefügt hat, lärmt, kaum daß die deutschen Weltausstellungsgäste Paris verlassen haben, die Presse über solches Verzweigungsmittel als die Maintinie der Prager Friedens die Deutschen im Nord und Süd auch wirtschaftlich zum Scheiden und Meiden verurteilt hätte. Ähnlich **wird man werden** Bismarck vielleicht aber nicht ganz ohne Wirkung — unter erst sagen, dann immer schärferen Drud genommen: selbstlos, wie immer, wünscht Frankreich ihre „Befreiung". Befreiung von dem Schutz- und Trutzbündnis mit dem unter Preußens Führung geeinten Norden. Und da im Berliner Reichstag ein verfrühter Antrag auf Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund beraten worden ist, rüttelt Graf Daru unmittelbar den norddeutschen Botschafter und empfiehlt, ein ungeheueres praeceptor germaniae, die Frage der deutschen Einheit bis zu den griechischen Kalenden zu vertagen. Haben wir das nicht alles genau so erst heute und gestern in den Blättern gelesen? Nur daß, was damals die deutschen Südstaaten waren, heute Oesterreich heißt.

Das ist der Gewinn, der ganz aktuelle Reiz dieser Akten publication: die Geschichte wird in ihr zur Lehrmeisterin der Gegenwart. Weist ihr, ähnlich wie das nach dem Zusammenbruch von 1870/71 die großen politischen Historiker der Franzosen getan haben, die Wege zur Wiederaufrichtung zunächst einmal der Seelen. Nur einen Einwand hätte ich in diesem Zusammenhang anzumelden. Die Archivalien, zumal aus den Jahren 1866 bis 1870, sind nicht durchweg und nicht allerorten für uns Deutsche Dokumente sittlicher Größe. Was hat gefehlt in Darmstadt, in München, am meisten natürlich, wennschon der deutsch-österreichische Stamm selber daran keinen Teil hatte, in Wien. Ernsthafte Forschung wird das festzuhalten haben, ohne Frage. Aber man wird die Wertunterlie vielleicht doch abdämpfen und können dürfen. Von dem französisch-österreichischen Vertrag vom 12. Juni 1866 meint Oncken: „Wenige Tage bevor Preußen formell durch seinen Rücktritt den Deutschen Bund sprengte, hatte die erste Vormacht des Bundes . . . den Rhein grundsätzlich preisgegeben und ihren deutschen Beruf in der Stunde der Entscheidung verwirft." Mag es sein, es stehe zur Art sich wohl auch eine Gegentrechnung aufmachen. Doch zu solchen Totengeschen vertrieb die Zeit. Einigen wir uns, daß von allen Partikularismen und allen Partikularismen wider die Nation gesündigt worden ist. Vielleicht auch darüber (wenngleich das Zerreißtuch zum Generalstabsbericht Zeitläuften unmodern sein mag), daß man in der Politik immer unsittlich wird, wenn man die Grundlage des Volkstums verläßt. Die Historie aber, die Forschung wie die Lehre, soll uns die Bahn bereiten helfen für den neuen, den wirklichen Einheitsstaat der Deutschen.

Mit dem 1. April ist Regierungsrat W. Wendorff infolge Vollendung seines 65. Lebensjahres aus dem Staatsdienste ausgeschieden. Regierungsrat Wendorff hatte in seiner arbeitsreichen und verantwortungsvollen Dienststellung bei privatrechtlichen Verhältnissen wesen in Preußen zu beaufsichtigen und hat sich Anerkennung und Wertschätzung in hohem Maße erworben.

---

kbg. **Wien**, 3. 4. (Eigenbericht.) Der tschechische Gesellschaftsrat Dr. Pacak überbrachte dem Bundespräsidenten Dr. Hainisch im Auftrage des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik Dr. Masaryk, diesem den Orden von Weißen Löwen.

kbg. **Wien**, 3. 4. (Eigenbericht.) Die Zahl der Arbeitslosen in Wien ist in der zweiten Märzhälfte um 5655, also auf 87 638 gesunken. Der bisherige Gesamtrückgang beträgt 12 Prozent.

Englands Haltung in der Abrüstungsfrage.

Eine starke Landmacht soll die Initiative in Genf ergreifen.

London, 3. 4. (W. T. B.)

Im Unterhaus erwiderte Unterstaatssekretär **des Äußern Locker-Lampson** auf die Anfrage, ob **Frankreich Vorkehrungen über die Abrüstungsfrage** n. a.: „Es ist der britischen Regierung ernst mit der Abrüstungsfrage. Ich bedauere, daß Rußland nicht vertreten sein wird. Das ist wie Deutschland richtig gesagt hat, besonders bedauerlich, weil

die Haltung der an Rußland grenzenden Länder notwendigerweise von der Tatsache der Nichtteilnahme Rußlands berührt

werden muß. Jedenfalls steht die Tür zur vorbereitenden Abrüstungskonferenz nach wie vor offen, wenn die Sowjetregierung teilzunehmen wünscht. Zur Sie es nicht, dann ist es ihre Schuld." Locker-Lampson erklärte weiter: „Es wird keine internationale Abrüstungskonferenz von Völkerbund einberufen werden, bevor die Grundlage einer solchen Konferenz vereinbart ist. Wenn die vorbereitende Kommission den Völkerbundsrat Bericht erstattet hat, wird dieser darüber beraten und den Bericht an die Völkerbundsversammlung weitergeben, die sich aber schwerlich vor September nächsten Jahres damit befassen können, denn die Frage ist außerordentlich verwickelt und erstreckt sich auf zahlreiche Gebiete. Die Weisungen für Lord Cecil sind noch nicht festgestellt. Gegenwärtig tagt unter seinem Vorsitz ein Komitee, das die ganze Frage prüft und dessen Bericht nahezu fertig ist. Wenn er dem Kabinett vorliegt, wird dieses die Weisungen für Cecil aufstellen. Wenn Cecil nach Genf geht, können ihm schwerlich mehr als allgemeine Richtlinien gegeben werden. Wenn ihm strenge Weisungen beigefügt wäre Einzelheit erteilt werden müssen, würde er gar nicht die Möglichkeit haben, in Genf zu verhandeln."

Hierauf legte Locker-Lampson die Politik der Regierung dar und sagte: „Unsere Haltung ist ganz klar. Die Regierung ist bereit,

von ganzem Herzen jeglichen internationalen Schritt zu unterstützen,

der zu einer allgemeinen Bewegung in der Richtung auf die Abrüstung führt. Der Dämon internationalen Mißtrauens muß gebannt werden. Lord Cecil wird sicher nach Genf gehen, um einen endgültigen Plan für die Abrüstung anzugreifen. Großbritannien hat mit den Vereinigten Staaten die Initiative für die Abrüstung zur See ergriffen, weil es gut bei uns angemessener ist, wenn irgendeine große Militärmacht in Genf die Initiative für die Abrüstung zu Lande ergreift. Meines Erachtens ist es ein Unglück, daß in Washington nur für Großkampfschiffe und nicht auch für U-Boote Einschränkungen beschlossen worden. Es wird sehr langsamer Erwägungen bedürfen, herauszufinden, wie weit die in Washington festgelegten Grundsätze auch entwickelt werden können. Zweifellos können sie noch um ein gutes Stück weiter entwickelt werden. Die Regierung wird in dieser Richtung ihr Bestes tun. Die englische Marine ist auf Grund des Washingtoner Vertrages beträchtlich vermindert worden. Es muß auch berücksichtigt werden, daß Großbritannien sehr ausgedehnte und verletzbare Handelswege zu beschützen hat."

Der Unterstaatssekretär wies weiter darauf hin, daß England in der Frage der Landstreitkräfte in einer ganz anderen Lage sei als die anderen Länder und hob hervor, daß

der Umfang des britischen Landheeres durch den Umfang des Heeres anderer Länder nicht beeinflußt

werde. Die Regierung wünsche dringend, daß von allgemeinen Plan der Verminderung mitgewirkt. „Die Luftfahrtfrage", erklärte der Unterstaatssekretär weiter, „ist ebenfalls sehr schwierig. Es ist nahezu unmöglich, der zivilen Luftfahrt den militärischen Wert zu nehmen. Nach dem Kriege sind die britischen Luftstreitkräfte nahezu auf Null vermindert worden. Einzelne wird den Plan einer Einschränkung begrüßen, damit eine Uebereinstimmung zwischen den britischen Luftstreitkräften und denen anderer Länder erzielt wird."

Verbindlicher Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt.

Mannheim, 3. 4. (W. T. B.) **Da die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden für die Deutsche Rheinschiffahrt erfolglos geblieben sind, ist der in Köln gefällte Schiedsspruch vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Es gelten demnach im wesentlichen die bisherigen Löhne und Arbeitsbedingungen weiter.**

Seit allersher ist die geheimnisvolle, belebende und verschönende Kraft des Birkensaftes bekannt. Es ist begreiflich, daß dieses köstliche, lebenspendende Nass, welches allährlich dem Baume neue Kräfte zuführt, auch dem Menschen heilsam ist. Birkensaft und wertvolle Kräuter Auszüge bilden die Grundage von

DR. DRALLE'S
Birken-Wasser.

Darum vergesse man nicht, eine

Frühlingskur

mit diesem köstlichen Elixier zu machen.

Ein Parlamentarier über das Parlament.

Von
Reichsminister a. D. **Schiffer.**

„Wer nicht Partei nimmt, ist der Gegner aller." Ist Wahrheit dieses ersten Wortes aus Ludwig Fuldas köstlichem Lustspiel „Des Lebens Schatten" hat wie so manches andere auch Dr. Ernst Müller, derzeitig wohlbestallter Rat am Oberstem Landesgericht in München, bekannter aber als ehemaliger Abgeordneter Müller-Meiningen, am eigenen Leibe erfahren, seit er aus der Partei ausgeschieden, der er so lange in führender Stellung angehört hat. Aber er denkt nicht daran, in Wüsten zu fliehen, weil nicht alle Bluteranzüme ihm reissen; oder wenn er, der schon immer ein politischer Einspänner war, jetzt zum politischen Einsiedler geworden ist, so verharrt er nicht schmollend in seiner Verweisung, sondern wird zum Predigen in der Wüste. Er hat viel auf dem Herzen und fühlt den unwiderstehlichen Drang in sich, es sich vom Herzen herauszureden.

Aus diesem Drange heraus ist das Buch entstanden, das soeben erscheint: „Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten" von Dr. Fritz Müller-Meiningen, ehem. Staatsminister und stellv. Ministerpräsidenten, langj. M. d. R. u. bayr. L. (Verlag von Walter de Gruyter & Co. Berlin u. Leipzig.) Es besteht aus einem politischen, einem parlamentstechnischen und einem persönlichen Teil. In Vorbereit ist das gesamte Werk ein Persönlichkeitsbuch. Wenn das Persönliche erschöpft sich keineswegs im dritten Teil, der in kurzen Skizzen Schilderungen von hervorragenden Parlamentariern und allerlei zum Parlament gehörigen Leuten, insbesondere Reichskanzlern und Ministern aus früherer und jetziger Zeit, enthält. Die ganze Schrift strahlt Persönlichkeit aus. Das das Persönliche des Verfassers selbst, die sich überall in Form und Inhalt fast schmerzhaft subjektiv offenbart. Sein Buch ist ein einziges Bekenntnis, der leidenschaftliche Ausbruch eines durch die Jahre nicht abgekühlten heißblütigen Temperaments. In jeder Zeile ist der Verfasser er selbst, schon durch die Art des Ausdrucks. Die Schreibweise ist von stürmischer Heftigkeit, die Worte hausen, wiederholen und überstürzen sich, Sorge und Zorn klingen in vielem Wetter und Sturm, ein ostentätiges — ein Mann spricht zu uns, der von Vaterlandsliebe gepeitscht und vom Gerechtigkeitsfieber geschüttelt wird.

Müller-Meiningen sieht nach heute auf Liberalismus, das heißt, ich meinte, sich scharf gegen die Auffassung, daß der Liberalismus seine geschichtliche Mission erfüllt habe und nur noch historische Bedeutung, aber kein aktuelles Lebensrecht, keine aktive Lebenskraft mehr besitze. In Wirklichkeit habe er höchstens seine Gegner, keineswegs aber seinen Inhalt geändert und ihn Staaten und Völkern unter möglichkeiten und notwendigkeiten im Wandel der Zeitereignisse, die in immer neuen Formen die Freiheit sowohl des Staates wie der Bürgerschaft eingeengt und bedrohten. Die Uebermacht finanzieller Zusammenballungen, wirtschaftlicher Gebilde und berufsloser Interessenten, der Druck der Parteien und ihrer Oligarchien, der Einfluß der Bürokratie, der Zwang der Masse und Masse forderten zum Kampf heraus, den zu führen fast Vereinsfreiheit, die nach Müller-Meiningen der Liberalismus in erster Linie berufen sei. Er habe für den zermürbten Mittelstand, den die kaffierten geistigen Arbeiter, die Freiheit der reisenden Nebenerzeugnisse, den Ausgleich zwischen Staatsgewalt und Bürgerfreiheit und die Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung einzutreten und neben Klassen- und Rassenkampfgegensatz und Standeshochmut, Verhetzung und Zersetzung des Volkes zu fechten. Mit seiner alten vaterländischen und verbrüderten Gesinnung unentfaltet sich der Kampf gegen vernünftigen Sozialpolitik durchaus verbrüderlich, habe jetzt gerade er die wichtige Aufgabe, die durch die Revolution ursprünglich herauf geführte und zur Herrschaft gelangte parlamentarische Demokratie mit seinem Geiste zu durchdringen — und durch ihn zu vertiefen.

Hier, im Ausblick auf die Zukunft, setzt die scharfe Kritik der Gegenwart ein. Der Autor steht insofern politisch allein, was geschehen, alleins unstande sei, das Reich, die Verkörperung des deutschen Einheitswillens, zu tragen und seine Ausdehnung auf die nach ihm lechzenden deutschen Stammesbrüder zu ermöglichen. Er schließt hieraus, daß es notwendig sei, alles zu tun und nichts zu unterlassen, um ihr ihre Zugehörigkeit zu ermöglichen. Im Gesichtspunkt aus bemängelt er zahlreiche Einzelvorschriften der Verfassung und die Art ihrer Handhabung, vor allem Zinges das Provisionalwohnrecht und das Wahlrecht der Jugendlichen sowie die Uebermachtstellung des Reichstags gegenüber Reichsrat, Reichspräsident und Reichsregierung. Ausführlich greift er die Methoden von Locarno als illusionär, furchtbig und wirdelos an und sieht die äußere wie die innere Politik des Reiches auf Abwege, die er als verderblich betrachtet. Deshalb verlangt er gerade im Interesse der Demokratie und des Parlamentarismus eine siegreiche Verfassungsreform, lehnt die ausschließende Berücksichtigung einer rein wirtschaftlichen Auffassungen ab, die Ruhe um jeden Preis fordern und diesem Bedürfnis alles andere unterordnen, und wehrt sich gegen einen weichlichen Pazifismus, der über die berechtigte Aufrüstung, Erhaltung und Schärfung friedlicher internationaler Beziehungen nicht hinaus ist und unter Volk der seelischen Kraft und Widerstandsfähigkeit beraubt. „Diese seine seelische Kraft müsse aber die Spannung der Rückkehr zu Gesetz und zu einer natürlichen Lebensweise haben: forderliche Sättigung, Sport und Wanderungen tue der deutschen Seele ebenso not wie dem Körper. Ein körperlich und seelisch gesundes Volk, aber auch nur ein solches, werde das starke Nationalgefühl wiedererlangen, das keine Schwächen ertragen entbehren könne als gerade die Demokratie: „Die demokratische Republik wird streng national sein, oder sie wird nicht sein!"

Des alten Freiheitskämpfers politisches Bekenntnis, das hoffentlich noch nicht ein politisches Testament ist, wird voraussichtlich bei vielen Zustimmung, bei anderen Widerspruch, aber wohl allerwärts Beachtung finden.

Generalleutnant Ludwig v. Wildenbruch, der Bruder des großen vaterländischen Dichters Ernst v. Wildenbruch, starb am 8. April seinen 80. Geburtstag. 1846 zu Berlin in Syrien geboren, wurde er 1863 dem 2. Garde-Regiment zu Fuß als Leutnant zur zweiten Kadettenkorps überwiesen, nahm an dem Feldzug 1866 mit den Reichstruppen als Offizier teil und erwarb das Eiserne Kreuz. Nach einem Kommando beim Stab der IV. Armeeinspektion und später der preußischen Gesandtschaft in München von 1882 bis 1887 wurde er zum Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment Nr. 31, 1889 zum ostasiatischen Infanterie-Regiment beim Infanterie-Regiment Prinz Friedrich Karl Nr. 64 und 1891 zum Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 64 ernannt. Von 1893 bis 1898 führte er die 9. Infanterie-Brigade. Seitdem lebt er als Generalleutnant a. D. in Berlin.

Politischer Anfand! In der von Richard Bahr herausgegebenen liberalen Halbmonatsschrift „Wille und Weg" finden wir eine Glosse, die eine der weitesten Verbreitung würdige Wahrung enthält. „Diebstahl ist Parteisache", lautet der ironische Titel. Ihm Studenten hat sich ein fremdes Geldern vergriffen", so heißt es dann weiter, „und ist zum Ausdruck gekommen. Die Praxis-opfer, die es daher hätten wissen müssen, liefen ihn schuldig werden: auch im Zeichen des Hitlers- und Ludendorffgeschäftes, dieser staatspolitischen und menschlichen Ursünde, sollte man Halbstlage von hundert und hundertfünfzig Mark Monatsbeschuß nicht mit unbedächtiger Spuck in Tausenden und aber Tausenden wühlen lassen. „Und führe uns nicht in Versuchung." Die öffentliche Meinung, die ursprüngliche Richterin der Seelen, zieht einen anderen Schluß. Einer hat gestohlen: also ist er deutschnational oder völkisch. Das wollen die Deutschnationalen nicht ohne Gefallen lassen. Da schwerer krimineller Verdacht sich gegen den Sonderbeichtsbeichter Jüngers lehnt, erkennen sie (zum Diskaphotiliter lieh der Mann, über dessen rohe Haut die Kommunisten freichen, nicht gerade sicher sich machen) ihn flugs zum Zentrumsmann. Die „Germania" stellt in berechtigter Entrüstung das in Abrede: „An sich ist es völlig gleichgültig, welche Partei Jüngers Diebstahl begeht. Keine Partei wird dadurch belastet, daß irgendein Entgleister ihr einmal angehörte." Der Unbeteiligte aber sucht mit Recht Schritten hin zum Urkreis zu entweichen, aus dem solche Düfte aufsteigen. Ist es wirklich so schwer, auch im politischen Zaggesstreit anständig zu bleiben? Nur ein ganz kleines bißchen anständig?

Von ärztlichen Autoritäten gegen Erkältungen besonders zum Schutze gegen Grippe und bei Halsentzündung, Verschleimung, Husten, Heiserkeit verordnet sind Fanfanin-Pastillen. Die wirken speziell gegen die Keime des Mundes und Rachenhöhle einhringenden Krankheitserreger, greifen den Magen nicht an und sind angenehm zum Gebrauch. In allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Fanfanin-Pastillen: 3.6 Dauerinn. 10 Mainzer-Kreuzbindenstärke 0.90. mit Gratis von Zucker als Spezialmarke.

Lerne fremde Sprachen in der **Berlitz School** Leipziger Str. 120 a Friedrichstadtpr. 10 a

Wochenend.

Dieser Sonnabend dürfte zu den erfreulichen Tagen des Jahres gehören. Er ist so zwischen Sonntag und Feiertagen eingebettet. Und hinsichtlich des Datums hat er sich geradezu aufgedrängt im Kalender einrangiert. Näher am Ersten kann auch der wohlwollendste Sonnabend nicht gelegen sein. Heute morgen hat man sich durch Inspektion seiner gesamten Arbeitsstätte mit Kontrast geschaffen, der der lichten Heiterkeit des freien Nachmittags den erforderlichen Hintergrund gibt. Dazu die Aussticht auf Weder und den Spaziergang vor den Toren und gute Lage ausschlafen. Dieser Sonnabend ist einfach ein Samstag. Man denkt an den Geruch frisch geschwemzter Dielen und an das Kritzeln des weißen Sands. Und wenn man eine Frau mit einem Kuchenbrett vom Bäcker kommen sieht, so erscheint einem dieses kleinstädtische Phänomen ganz in der Ordnung.

Auch wird man keinen verdorbenen Magen haben. Denn dieses Fest hat wenig Beziehungen zum Essen. Das symbolische Tier ist auch nicht die Deike einer Gans, wie zu Weihnachten, sondern ein scheinbiger Hase. Dieser Hase ist ein ganz reizender Kerl.

Schon daß er Eier legt, wo er doch ein Säugetier ist, muß ihn schon so nett von vorn. Denn wenn es auch naturwissenschaftlich zum mindesten unwahrscheinlich ist, dichterisch läßt es sich nicht so ohne weiteres von der Hand weisen.

Bei der Frühlingsgestalt des Osterhasen Märchenwelt hält er sich am längsten. Wenn der Prinz und der Zauberteppich schon längst in eine irreale Ferne gerückt sind, jäuft der Osterhase immer noch im Garten rum. Ich könnte mir denken, daß sogar das moderne Radiokind diesen freundlichen Burschen nicht so ohne weiteres als Bluff ablehnt.

Der Hase wird immer als so ein bißchen blöde hingestellt. In der Geschichte von dem Wettlauf mit dem Igel geht er geradezu als Trottel da. Das mit Unrecht! Denn das Verfahren des Igels ist sportlich als burschaus unfair zu bezeichnen. Gegen eine Zehntausend-Hundert-Meter-Staffel könnte auch Hoyden nicht gewinnen, und wenn es auch bloß die Zweite-beteiligter Seniorenmannschaft wäre. Dieser anständige Hase hat aber Schiebung gar nicht erwogen. Und das Durchhalten bis zum Schluß ist doch sehr tapfer. Eigentlich geht er aus der Totalie als vollkommener Gentleman ab, wenigstens als die tierischen Ueberreste eines vollkommenen Gentleman herwor. Der Fehler war, daß kein Kampfrichter da war. Dann hätte niemals dieser unsportliche Verfahren mit der Igelsprechkunge gewinnen können. Dieser Geschichtsmunkt ist meiner Meinung nach bei der Beurteilung dieses Matchs nie genügend betont worden.

★

Die lieben Berliner gaben im Laufe der Woche neuerliche Beweise ihres unerschütterten Optimismus. Der Hotsdamer Platz ist die Stadt, wo wie er großstädtisch sind, wo unser Stolz lokal empfindet. Jeder Berliner, der da vorbeikommt, blickt gehobener Stimmung auf die Reihen der Autos, die sich, wenn auch noch nicht unabsehbar, so doch immerhin in Reihen gesäbelt staunen. Wenn er im Auto fährt, es dauert zwanzig Minuten, bis er aus der Bahnstraße in die Linkstraße kommt, so ist das Zeichen der Zeitgemäßheit, die wohl auch sein Geld sich, seinen Obrsen Musik. Ja, was haben wir für einen Verkehr! Unerhört! Und ich möchte glauben, daß ein Berliner, der nach der Straße um Ueberfahrenwerden bittet, wenn er ihn die Wahl ließe, jederzeit den Potsdamer Platz wählen würde.

Da stehen die Menschen herum und haben Beilagen bei den Hals dreschen, und für jeden ein grobes Wort. Und da stehen auch Stähle herum am Rand. Ein Stuhl auf dem Potsdamer Platz ist ja im Grunde genommen ein tierischer Unsinn. Aber es sind Gerüststähle, und was wissen die schließlich von Humboldt! Man kann Kaffee haben und Schlagsahne gegen Bezahlung und die Sonne umsonst. Und da gibt es eben ähnliche Leute, die sich hinsetzen und der Illusion frönen. Sie holen sich den Schmuckes dabei und schlucken Benzin für die ganze Woche, aber Ideallisten sind nicht zu übergenen.

Derzeleichen Naturstühle stehen auch noch Unter den Linden. Auch da sitzen Leute drauf, obgleich es keine Schlagsahne gibt und die Sonne einen Grafen tatzt. Auf dem Kurfürstendamm setzt sie sogar bloß einen Sechser. Offenbar ist der Betrieb noch nicht monopolisiert. Nachts um 3 Uhr sind die Stühle am besten besetzt. Wissen Sie, so nachts um 3 Uhr um Alex, da ist man unter sich. Ein paar Sipos, ein Wurstmax und ein Wärtelkarle, der eine hat „polnische Brüh" zu schzlig, der andere „die guten Heißen, hier nochmal die Heißen" zu sutzig, ein paar Mädchen, die zum Frühling nur sehr oberflächliche Beziehungen haben. Dann sind noch Chauffeure da, Fiaker Nr. 13, Straßenbahnarbeiter und Peter Bamm. Für Sie, lieber Leser.

Auf den Stühlen sitzen Leute, die lieber nicht da säßen. Im Stuhen schlafen ist nicht restlos angenehm. Aber die Stimmung ist nicht mehr ganz trübe, wenn es auch so „polnische Brüh" nicht langt, wenigstens das Frieren ist nicht mehr so schlimm. Der Mond kostet nichts. Und ich möchte den mal sehen, der da Gebühr erheben wollte. Nicht die Polizei, sondern die fünf Jünnige. Die Rettungsstelle ist ohnehin.

★

Die Hafen haben ihren Charme, die Berliner ihren Optimismus, die Hundsfott ihre Begleiter. Alle sollen die Hühner nicht ihre Eitelkeit haben?

Uns bleiben ja die sieben Prozent. Frühlingsfest Ostern!

Peter Bamm.

„Parsifal" unter Kleider.

Staatsoper.

Richard Wagner wünschte seinem letzten Werke, dem Bühnenweihefestspiel „Parsifal" dadurch eine Rühnenweihefeung zu sichern, daß er sie zur alleinigen Aufführung in Bayreuth bestimmte. Aber die Verhältnisse waren stärker als Wagners Wille, jedes Theater kann heute den „Parsifal" aufführen. Doch es hat sich allmählich der Brauch herausgebildet, das Werk nur zu bestimmten Festtagen — meistens an den Ostertagen — in einer reine sylkischer Vorbellungen zu bringen. Vielleicht dadurch, daß dadurch den Wunsch Wagners, das Werk in ganz besonderer Weise entsprechen wird, verlangt auch die besondere Atmosphäre des „Parsifal" seine Herausnahme aus dem Turnus des laufenden Repertoires.

Es ist zwar keineswegs, wie gewisse Heiden-Wagnerianer behaupten, daß der „Parsifal" mitsegnendem Gottesdienst oder so etwas Aehnliches wäre. Der Theaterdirektor Wagners war am Ende seines Lebens so weit vom Christentum, wie nur je, und auch dieses letzte Werk ist ein Beweis dafür, daß die Erhabenheit der tragenden Grundidee des Bühnenweihefestspielers und die verklärte Größe seiner musikalischen Ausführung jeden ihm eine einseine Stellung unter den Opernaufführungen der ganzen Welt. Fast sechzig Jahre alt war Richard Wagner, als er diesen „Parsifal" machte, der die Synthese eines vierzigjährigen Schaffens darstellen ist. Wir haben so wenigen Tagen den „Ring" gehört, der am Anfang der erlauchten Reihe von Wagners Meisterwerken steht: welch ein Weg von diesem theatralisch aufgebauten Stück bis zu dem ganz verinnerlichten betennntnishaften „Parsifal"! Was für eine Steigerung der Erkenntnisse menschlicher und künstlerischer Art wurde zusammenkommen, um dieses Werk zu schaffen, das in Stil und Gestaltung ein eigenziehender Ausdruck letzter Altersweisheit ist! Abgesehen von der ganz eigenen Formung des Melodischen, der Exzisitität der Harmonien fühlt man diese wunderweise Reife des Alters vor allem in der Instrumentierung. Das Orchester des „Parsifal" wird keinen feinen Wagnerschen Klangen zu Balagen wunderbolt phrasiert. Im Verlaufe des Abends spürt man, wie er immer mehr in das tonmäßige Klang- und Durchsichtigkeit der ganzen Partitur transparentende Färbung gibt.

Die Karfreitags-Aufführung ist der Starter über sich. Erich Kleiber am Pult. Sein starkes Gefühl für die Musik des „Parsifal" beutet sich schon in Vorspiel an, das er — ohne Zerreißen — zu Balagen wunderbolt phrasiert. Im Verlaufe des Abends spürt man, wie er immer mehr in das tonmäßige Klang- und Durchsichtigkeit der ganzen Partitur transparentende Färbung gibt.

Die Karfreitags-Aufführung ist der Starter über sich. Erich Kleiber am Pult. Sein starkes Gefühl für die Musik des „Parsifal" beutet sich schon im Vorspiel an, das er — ohne Zerreißen — zu Balagen wunderbolt phrasiert. Im Verlaufe des Abends spürt man, wie er immer mehr in das tonmäßige Klang- und Durchsichtigkeit der ganzen Partitur transparentende Färbung gibt.

Die Sängerinnen und Sänger sind eine Formung des Melodischen, der Exzisitität der Harmonien fühlt man diese wunderweise Reife des Alters vor allem in der Instrumentierung. Das Orchester des „Parsifal" wird keinen feinen Wagnerschen Klangen

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 3. April 1926.

Murmel, Kreisel und Butterblumen.

Die zuverlässigsten Frühlingsboten.

Zahlreiche Gedichte und Feuilletons beschäftigen sich mit dem Frühling. Aber ich bin mißtrauisch und glaube nur meinen eigenen Beobachtungen. Ich habe mir nämlich zur Sicherheit einige Kennzeichen des Frühlings gemerkt, die bestimmt nicht trügen, denn sie kommen jedes Jahr wieder.

Heute habe ich an diesen Zeichen nun gemerkt, daß es wirklich Frühling wird. Als ich herauskam, sah ich um einen Baum in unserer Straße ein Gruppchen Kinder geheimnisvoll beraumschlagen. Nach einer mir nicht recht verständlichen mystischen Methode bemühten sie sich, mit großer Leidenschaft kleine glatte Kugeln in ein Erdloch dicht am Baum mit möglichst viel Hindernissen hineinzuhuschern. Ich sah interessiert zu. Die Kinder bemerkten mich gar nicht, so versunken waren sie im Spiel . . . So versunken sah ich Erwachsene einst im Spielsaal von Monte . . . Spielerleidenschaft . . . ob es um Geld oder um Murmel geht.

Nur im Frühling sehe ich Kinder mit Murmeln spielen, und zwar ist es das erste Zeichen, das erste Spiel im Freien überall.

Dann kommt der Kreisel. Auch er ist da. In unserer hübschen, glatten Vorortstraße treibt ein Junge seinen Kreisel, leidenschaftlich verbissen, heftig, unaufhörlich. Die Peitsche saust, er steht und hört nicht. Ein Auto kommt, der Chauffeur schimpft, Radfahrer müssen ausbiegen, der Junge peitscht unentwegt. Ein kleines Mädchen sieht am Rande der Straße, ebenfalls mit einem Kreisel. Nachlässig spielerisch geht sie ab und zu mit der Peitsche. Der Kreisel springt mir voll, trieben mit Andacht ein Ende und kehrt dann demütig zu den Füßen seiner Herrin zurück, taumelt ein bißchen wie trunken, will sich zur Seite neigen, doch ein Peitschenhieb treibt ihn vorwärts und er rast von neuem los wie besessen. Das kleine Mädchen sieht triumphierend, hat das hübsche Köpfchen im Nacken und sieht alles, was in ihrer Umgebung passiert. Wenn sie die Peitsche hebt, hat sie etwas unsagbar Hochmütiges in ihrem Blick.

Am Bahnhof Schmargendorf nachmittags 3 Uhr. Sonnabend. Die Ringbahn speit eine Menge Menschen aus. Eilend strömen sie vorwärts. Da, eine Stockung. Ein Müllwagen fährt langsam vorbei und zwingt die Eilenden, einen Augenblick stillzustehen. Auf dem Müllwagen sitzen etwa sieben Leute, sämtlich mit Strohhüten. „Kiek eins, die Butterblumen", schreit ein kecker, kleiner Knirps. Alles lächelt. In diesem Augenblick kommt die Sonne hinter einer Wolke hervor. Unwillkürlich recken sich alle Gesichter der Sonne zu. Seltsam sehnsüchtig verklärt erscheinen die abgehetzten Gesichter, und ein zaghafter Glücksschimmer huscht für diesen einen Augenblick unfreiwilliger Muße über sie hin. Kein Schimpfwort ist mehr fest oft bei Verkehrshindernissen . . . Einigkeit, Güte, Nachsicht zaubert für einen Augenblick einen Frühlingssonnenstrahl in die Herzen der Menschen.

Seit heute glaube ich wirklich, daß der Frühling da ist.

Anna Nöltzke.

Ein Fünfzigjähriger.

Am 8. d. M. begeht der Geschäftsführer des **Reichsstädtebundes** Dr. Gotthold **Haekel**, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, seinen 50. Geburtstag. Haekel, der in Jüterbog geboren ist, gehörte nach seinem Assessorexamen bis 1905 der Marineintendantur an und war Finanzsachverständiger der Kaiserlichen Werft in Kiel. Von 1906 bis 1914 arbeitete er bei der Stadt Münster, im Kriege war er Reservoffizier bei der Truppe und später Armeeintendant in Münster. Im Juli 1918 zum Geschäftsführer des Reichsstädtebundes gewählt, führt er noch heute den Bund in vorbildlicher Weise und hat sich namentlich bei der Vorbereitung der Gesetzgebung große Verdienste erworben und bedeutenden Einfluß gewonnen.

Wohn- oder Geschäftsräume?

Der City-Ausschuß nahm in seiner letzten Sitzung einmütige Stellung zu der Frage der zurzeit in der Oeffentlichkeit erörterten Pläne einer Umwandlung der gewerblichen Räume in Wohnungen in der Innenstadt Berlins. Einmütig lehnte der Ausschuß diese Pläne ab und empfahl, daß die öffentlichen Behörden die in Wohnvierteln und Wohnstraßen zurzeit zu Büroräumen benutzten alten Wohnungen freigeben und ihre Geschäftsräume, möglichst zusammengefaßt, an leicht erreichbare Stellen der Innenstadt verlegen.

Der Ausflugsverkehr am Karfreitag.

Infolge des außergewöhnlich warmen Wetters (gegen Mittag herrschte eine Lufttemperatur von 18 Grad) war der Ausflugsverkehr am gestrigen Karfreitag sehr rege. Die Reichsbahn, die außer zahlreichen Sonderzüge einlegen mußte als vorgesehen waren, wurde auch im Vorortverkehr stark in Anspruch genommen. Auf den Autobahnen konzentrierte sich der Andrang auf die Strecken Zoo—Schildhorn—Cladow und Zehlendorf—Wannsee. Auch die Autobahnstrecke nach Friedrichshagen wurde ausgiebig benutzt. Für die Berliner Straßenbahngesellschaft ist der Karfreitag ein schlechter Verkehrstag. „Nur" anderthalb Millionen Fahrgäste wurden gefahren gegenüber, während am Donnerstag zwei und eine halbe Million Fahrscheine abgegeben wurden.

Auch der Verkehr zu Wasser war gestern in vollem Betrieb. Die Dampfer der „Stern"-Gesellschaft führen besonders auf der Oberspree, zwischen Berlin und Schmöckwitz und auf der Strecke Berlin—Wollersdorfer Schleuse, recht häufig. Der eigentliche Dampferverkehr beginnt erst Mitte April, und zwar auf der Strecke Potsdam—Werder, wenn die Baumblüte anfängt.

Für die Ausflügler, die nach Dahlem wollten, kam hauptsächlich die U-Bahn in Betracht. Vom Zoo aus fuhren die Züge ununterbrochen. Bis 10 Uhr abends waren die Bahnsteige dicht besetzt. Auch die Vorortbahnen waren gut besetzt.

Die Autobusse nach Friedrichshagen waren

Volkswirtschaftlicher Teil.

Weisse und schwarze Kohle

Die deutsche Elektrowirtschaft war vor dem Kriege führend in der Welt. Wir haben nicht nur im Inland, sondern auch in anderen Ländern Europas und in fremden Erdteilen mustergültige Elektrizitätswerke gebaut. Betriebsmäßig konstatieren, dass wir heute (nicht in der Güte des Baues von Elektroanlagen etwa, aber in Bezug auf die Quantität der Erzeugung an elektrischer Energie) gegenüber anderen Ländern weit in den Hintergrund gedrängt sind. Wir haben also auch auf diesem Gebiete nach der Kriegs- und Inflationszeit viel nachzuholen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet ist der Verbrauch an elektrischer Energie in der Schweiz, den Vereinigten Staaten, Deutsch-Oesterreich, Schweden, Belgien, England und Spanien heute weit grösser, als bei uns. Aber auch für Deutschland wird man in einigen Jahren nachrechnen können, dass der Geldwert der pro Kopf der Bevölkerung abgesetzten elektrischen Energie grösser ist, als derjenige der verbrauchten Kohle. Der Siegeszug der weissen gegenüber der schwarzen Kohle wird nicht aufzuhalten sein. Diese Tatsache macht es erforderlich, dass die Oeffentlichkeit sich mehr als bisher wird mit diesen Dingen befassen müssen. Die Frage der Elektrizitätsversorgung wird eine Angelegenheit von ebensolcher Wichtigkeit werden, sie ist es vielleicht heute schon, wie etwa die von jeher viel erörterte Kohlenfrage oder wie die Probleme des Verkehrs bzw. der Frachten. Wichtigerweise wurde dieses Interesse der Oeffentlichkeit in jüngster Zeit eingenommen durch die Gegensätze existierten dem preussischen Staate einerseits und den Kommunalverbänden sowie den gemischtwirtschaftlichen und privaten Betrieben der Elektrizitätsindustrie andererseits. Musste doch eine Wendung der amtlichen Begründung der dem Landtag jüngst zugeleiteten Vorlage über die Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätswerken, in welcher von der Herabsetzung des allgemeinen Steuerbedarfes eben durch die öffentliche Energiewirtschaft die Rede war, auch vielleicht zu dem Verdacht führen, dass in absehbarer Zeit die Elektrizitätswirtschaft in irgendwelchen Formen als Objekt einer besonderen Besteuerung ausgenutzt werden könnte. Eine derartige Steuer (die man natürlich auch mit einer entsprechenden Tarifierung des Absatzes der Staats werke benutzen könnte) würde in ihrer Wirkung auf die Wirtschaft der Anfuhr aus Kohlensteuer gleichkommen, die wir in den Inflationsjahren ja bekanntlich erlebten, die sich aber auch der Stabilisierung als völlig untragbar erwies und verschwand.

Mögen solche weitreichenden und vom Standpunkt des Fiskus reizvolle Gedankengänge auch heute an Amtsstellen keineswegs aktuell sein, so hat man doch jedenfalls nicht das Gefühl, als ob öffentliche Elektrizitätswirtschaft — wir wollen damit etwa keineswegs nur die preussische meinen — sich innerhalb ihrer bisherigen beschränkten Grenzen und sich erfreulichen Initiative (siehe die vielen Auslandsanleihen zum Ausbau der Elektrizitätswerke) als etwas ganz Ideales ansehen. Wir können wir die Elektrizitätsversorgung Verbilligung um sie dann dem Verbrauch so wohlfeil wie nur irgend möglich zuzuführen. Wir sagten schon gelegentlich an dieser Stelle, dass wir nicht glauben, dass die Durchführung der im Gange befindlichen grossen Berliner Elektrizitätswerke, welche die Fernversorgung durch die auf der Braunkohle sitzenden Elektrowerke ablösen sollen, bei den heutigen teuren Baukosten und hohen Kapitalzinsen dem Postulat einer Strom-Verbilligung gerecht werden wird. Es ist von anderen Stellen aus der Elektrowirtschaft kann man nicht den Eindruck haben, dass sie der Erfindung dieser Zukunftsmöglichkeiten zustreben. Es kamen da z. B. in den letzten Tagen Meldungen aus Westfalen, die uns Fragen in dieser Richtung hin zu Bedenken Anlass geben müssen.

Um die Jahreswende 1925/26 erwarben die Ver. Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H. in Dortmund, ein rein kommunales Elektrizitätswerk, das grosse Teile Westfalens, Kreise Bochum, Gelsenkirchen, Witten, Dortmund, Hörde, Recklinghausen, Beckum, Münster usw.) mit Energieversorgung, die Kuxe der Kohlenzechen Gottessegen im Bergrevier Dortmund I. Verkäuferin war die Westfälische Bergbau- und Kleinbahnverwaltung A.-G., Hörde I. W. Dieses letztere Unternehmen (das neben Gottessegen auch die Gewerkschaft Admiral betrieb, die 1923 an die Rheinischen Stahlwerke (Kauft wurde) hatte bei dem Betrieb dieser kleineren, schwächeren Zechen einen Verlust von über 135 Millionen Mark zwischenzeitlich erreichte sich offenbar gern von seinem notleidenden Besitz. Käuferin von Gottessegen wurde, wie gesagt, der Kommunal-Elektrizitätsverband. Vor einigen Wochen nun wurde mitgeteilt, dass eine Zubusse von 1 Mill. Mark für Gottessegen bzw. für dortige Umbauten und Neuanlagen einzurichten sei. Eitel Freude scheint also das Elektrizitätsunternehmen bisher nicht an „Gottessegen" gehabt zu haben. Um so eigenartiger ist es vom Standpunkt rationeller Betriebsführung, dass dieser Tage nun hier zu melden war, dass das Elektrizitätswerk Westfalen jetzt auch noch seine vor Wochen schon in der Presse erwähnten Absichten wahrgemacht und zum Ankauf der Zechen Hannover und der Zeche Alte Haase geschritten sei. Der grosse Lothringen-Konzern hatte sich vorher schon nach seiner Ansicht hoffnungslosen Zuschussbetrieb getrennt und seitdem tobte bekanntlich der Kampf darüber, ob im Interesse der betreffenden Gemeinden und der Arbeiter der Betrieb der Zeche wieder aufgenommen werden sollte. Die Frage wird nun durch den Ankauf der Zeche seitens des kommunalen Elektrizitätswerkes im bejahenden Sinne entschieden. Das Aufflammen an den Einzelheiten dieses Ankaufes war es, dass, wie wir meldeten, sonnagen im Mittelpunkt der Kohlenbergbau-Debatte in der preussischen Staat erschient. Dem Vernehmen nach hat er sich durch gütliche Zuschussgarantien stärkere Interessen an den Zechenbetrieb für dessen Wiederaufnahme eingesetzt, und er erhält als Lohn dafür 2 Mill. Mark neue Aktien des Elektrizitätswerkes Westfalen. Es scheint das ein elektrizitäts-politischer Schachzug des preussischen Elektrofiskus gegen das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk zu sein. Denn ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass sich das Versorgungsgebiet des Elektrizitätswerkes Westfalen, an dem Preussen damit Anteil gewinnt, direkt zwischen die Gebiete des R.W.E. im Westen einerseits und im Osten andererseits (Niedersächsische Kraftwerke A.-G., Osnabrück, und Paderborner Elektrizitätswerke A.-G.) legt! Doch das für heute nebenbei. Jedenfalls muss es auffallen, dass hier abermals eine schwache Zeche der Revierpolitik, die von einem anerkannt gut geleiteten privaten Bergwerkskonzern aufgegeben wird, an ein öffentliches Elektrizitätsunternehmen fällt. Das sieht denn doch mehr nach Wohlfahrt und Sozialpolitik aus, als nach einem Streben zu rationeller Elektrizitätswirtschaft und billiger Stromlieferung.

Und auch andernorts noch scheinen die Dinge ähnlich zu liegen. Die Elektrowerke (also der Reichsfrust) stützt sich zu einem Teil seiner Kohlenversorgung auf das Braunkohlenunternehmen der Rheinische Braunkohlen-Kraftstoff-Industrie ging (nach dem letzten Geschäftsbericht die Elektrowerke scheinen die Verhältnisse sich neuerlich besser zu gestalten. Die staatlich Sächsischen Werke A.-G., welche die Elektrizitätsversorgung grosser Teile des Freistaates Sachsen übernommen haben, fussen hinsichtlich ihrer Brennstoffversorgung auf neu und stärker erweiterte Braunkohle-Tagewerksanlagen, deren Grundlagen in den Kritiken der heimischen Presse vielfach als unzureichend erklärlich bezeichnet werden. Trotzdem doch hier die nicht auf Rosen gebettelten, in ihrer Kohlenqualität über gutem Steinkohlenbrennen Sachsens in frachtlich günstiger Entfernung nach Absatz suchen. Auffallen musste es ferner, dass die preussische Staat neuerdings ebenfalls (über 3 Mill. Mark) gerade jetzt in seine Aktien bei der Bergwerke, die in bergbaulich schwierigen Verhältnissen arbeiten, stecken will. Es erhebt sich die Frage, ob die Interessen des Elektrizitätsfiskus die darauf ausgehen, das R.E.W. von seinem Besitz an den guten Braunschweigischen Kohlen abzuschneiden und abdrängen (die neben der Ibbenbürener Staatskohle als Brennstoffbenzgquelle für die obengenannten Niedersächsischen Kraftwerke des R.W.E. in Betracht kommen) nicht wesentlich diktiert sind von dem Interesse der preussischen Staates an dem bei Ibbenbüren schwachen Bergwerksbesitzes. Und endlich wurden auch die bergbaulichen Unterlagen der Zukunft A.-G. in Weisweiler, auf die der preussische Staat bekanntlich jüngst seine Hand legte, wenn der damit verbundenen elektrowirtschaftlichen Interessen, von jeher nicht als erstklassiges Vorkommen angesehen — was schon dadurch bestätigt zu werden scheint, dass die Roddergrube A.-G. und die Rheinische Braunkohle A.-G. welche beide jahrelang an dem rheinischen Vorkommen in den beiden letzten Jahrzehnten an sich brachten, auf die Zukunft A.-G. nicht übergriffen haben.

Man muss sich doch bei diesem ganzen Fragenkomplex vom Standpunkt der Kohlen, der Kapitals- und der Elektrizitätswirtschaft die Tatsache vor Augen halten, dass die Entwicklung heute und in absehbarer Zukunft sein gibt, dass alle an der Ausnutzung der Wasserkräfte sowohl als aus dem schwarzen Brennstoff entspringende „weisse" Kohle selbst zu gute, dass alle an der Ausnutzung der Absatzes für immer entreist. Von fachmännischer Seite wurde hier in der DAZ. vor längerer Zeit schon ausgeführt, dass die Wasser- und Braunkohlenkraftwerke dem Ruhrkohlenbergbau allein schon in 1924 einen Zuschussbedarf von 1 Milliarde Mark gegenüber der Friedenszeit entführt hätten. Nicht nur der Steinkohlenbergbau, sondern auch die alten, gutfundierten Braunkohlenunternehmen werden auf den Absatz an die Elektrizitätswerke je länger je mehr angewiesen sein. Man muss daher die Frage aufwerfen, ob wir uns volkswirtschaftlich nicht in falschen Bahnen bewegen, wenn wir zusehen, wie die alten guten Bergwerke im Absatzmangel dahinvegetieren, während der in grosser Steigerung befindliche riesige Brennstoffbedarf der Elektrizitätswerke gleichzeitig aus grosse Geldmittel erforderenden Neuanlagen und noch das in zweit- und drittklassigen Kohlenvorkommen seine Kohlenbedarfsdeckung sucht. Der Witz, um den es sich auch gerade vom Standpunkt der Elektrowirtschaft heute und in naher Zukunft dreht, ist nicht der: wie vergrössern wir in den monopolistisch arbeitenden Elektrizitätsbetrieben den Absatz, sondern das Problem ist dieses: wie verbilligen wir die Elektrizitätsproduktion, damit dieses so äusserst wichtige Schlüsselgewerbe sich wohlfeil zur Verfügung stellt, Jeder Pfennig, um den der Strom den Abnehmern billiger als bisher zur Verfügung gestellt werden kann, ist von eminenter Wichtigkeit für unsere ganze Wirtschaft. Nicht nur die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit und die Oeffentlichkeit werden diesem Problem die grösste Aufmerksamkeit zu widmen haben, sondern vor allem werden hier auch einer klugen Preispolitik der Kohlensyndikate gegenüber den Elektrizitätswerken neuartige Aufgaben, die bisher nicht immer sorgfältig genug betreut worden zu sein scheinen.

G. P.

Der Umsatz im Postscheckverkehr betrug im Februar bei 42 Mill. Buchungen 8062 Millionen Reichsmark, von denen 6336 Mill. R.-M. auf 79,5 bargeldlos beglichen wurden. Während die Zahl der Postscheckkonten gegen den Vormonat um 2628 auf 862 641 gestiegen ist, war der Umsatz um 3,1 Millionen Buchungen und 1184 Mill. R.-M. niedriger als im Januar. Das Guthaben auf den Postscheckkonten war Ende Februar mit 568 Mill. R.-M. den Guthaben Ende Januar (510 Mill. R.-M.) annähernd gleich, im Monatsdurchschnitt ist es von 580 Millionen R.-M. im Januar auf 557 Mill. R.-M. im Februar zurückgegangen. Der Umsatz in Ueberweisungsverkehr mit dem Ausland betrug 1 856 000 R.-M. Auf einem Konto wurden im Jahre 1914 durchschnittlich 2073 Mark gebucht, im Jahre 1925 nur 684 R.-M. Der Betrag ist demnach auf ein Drittel zurückgegangen. Der Durchschnittsbetrag einer Zahlkarte belief sich 1914 auf 119 M., 1925 dagegen nur auf 81 R.-M.; hier ist mithin ein Rückgang auf ein Drittel zu verzeichnen. In diesen Zahlen drückt sich die Geldknappheit aus als Folge der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage.

Die dritte internationale Schiffahrtskonferenz ist in der Zeit vom 14. bis 16. April d. J. in London zusammentritt, wird sich u. a. mit folgenden Fragen beschäftigen: Die weitere Förderung der bereits von der Konferenz begonnenen Arbeiten gegenüber der Doppelbesteuerung der internationalen Schiffahrt; Behandlung der Schiffahrt in den Häfen eines anderen Landes (Internationales Seehäfenabkommen), sowie auf dem Gebiete der Sicherung des gesamten Lebens auf See einschliesslich der drahtlosen Telegraphie, unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Fragen, welche durch den Fortschritt der Technik in der Entwicklung des drahtlosen automatischen Empfangs und Signalsparsten in Nebel und Dunkelheit hervorgerufen sind. Beraten werden sollen weiterhin die Beziehungen zu andern internationalen Körperschaften, die Mittel und Wege, um bereits vorgeschlagenen internationalen Konventionen zur Ratifikation zu verhelfen und die Gewähr zu bieten für die bevorstehenden internationalen Gesundheitskonferenz und für die internationalen Arbeitskonferenzen über Auswanderungsfragen zu vorfolgende Verhalten. Ausserdem stehen einige neue Fragen, wie der Schaffung einer Kontrollstelle für Tankdampfer, auf der Tagesordnung.

Gründung eines Reichsverbandes der deutschen Drogen- und Chemikalien-Grosshändler. Am Mittwoch, den 31. März fand im „Grosshandelshaus" die konstituierende Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Drogen- und Chemikalien-Grosshändler e. V. statt. Der Verein der Drogen- und Chemikalien-Grosshändler Deutschland e. V., Berlin, der Verein Mitteldeutscher Chemikalien-Grosshändler, e. V., Magdeburg, der Süddeutsche Verein der Chemikalienhandelsgroßhändler und verwandter Geschäftszweige e. V. in Mannheim und der Verein Deutscher Teer- und Teerprodukthändler haben sich in den neuen Reichsverband zusammengeschlossen. Mit dem Verein der Medizinal-Drogen- und Spezialitätengroßhändler Deutschlands, Frankfurt a. M., und dem Reichsverband der Lack- und Farbenfabrikanten sind Verhandlungen gepflogen. Der Verband hat 200 Mitglieder; parlatisch bestehen Arbeitsausschüsse sowie Fachausschüsse dieser Verbänden ein ebbestehtes Vorgehen sicherstellen.

Konkurse im 1. Vierteljahr 1926. Obwohl die Anzahl der neueröffneten Konkurse im Monat Februar gegenüber dem Vorjahr um 1 ist (es sind 1895 Konkurse verhängt worden gegen 2916 im Februar), stellt die Gesamtzahl der Konkurse im Vierteljahr 1926 gegenüber dem 1. Vierteljahr 1925 und 2163 im Vorjahr einen Rekord dar. Es sind nach einer Zusammenstellung der Finanzsozialist „Die Bank" in diesem Zeitraum 5013 Konkurse eröffnet worden gegen 4179 im 4. Vierteljahr 1925 und 2163 im Vorjahr. Es sind also 1926 Konkurse mehr als im März 1488 verfügt worden gegen 1580 im Februar und 1573 im Januar.

Erwerbsgesellschaften

Betriebseinschränkungen bei der Deutschen Werft Hamburg. Nach Vollendung der Sanierungsaufgabe, insbesondere der für einigen Jahren geplanten Schiffe sieht sich die Deutsche Werft, wie wir erfahren, genötigt, am 10. April 600 Mann der Belegschaft zu entlassen und im Anschluss hieran noch weitere 300 Mann. Ob zu späteren Terminen noch weitere Entlassungen ausgesprochen werden müssen, hängt von der Entwicklung des Geschäftsganges ab. Die Meldung einer Berliner Zeitung, wonach die Werft beabsichtigt, sich für die Uebergangszeit auf Maschinenbau umzustellen, ist unrichtig, wie wir erfahren dürfen. Im übrigen wird die der Werft angegliederte Maschinenbauanstalt ihren Betrieb weiterhin aufrechterhalten.

Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel u. Co., A.-G., Braunschweig. Der Geschäftsbericht für 1925 äussert sich zu der schon angekündigten Verschmelzung mit den Deutschen Eisenbahnsignalwerken A.-G., Bruchsal und der in Gesamtumsatz hiernach gebliebenen Kapitalerhöhung um 2,4 auf 5 Mill. M. noch nicht. Der Auftragseingang sei noch weit hinter dem Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre zurückgeblieben, so dass es nicht möglich war, die auf den Beschlussfassung 1925 vorhandenen betriebsrationalisierungen wirtschaftlich auszunutzen. Gegenüber den Vorjahre war allerdings eine gewisse Steigerung der Umsätze zu verzeichnen. Aber die Bestellungen bestanden zum grössten Teil aus Ergänzungen und Erweiterungen, bei denen die Kosten den Gewinn allzusehr abdrossein. Grosse Neuanlagen kamen kaum zur Vergebung. Im Auslandsgeschäft war keine Besserung zu verzeichnen, vielmehr eine noch stärkere Zurückhaltung ausländischer Firmen zu bekämpfen. Die Aufnahme der Fabrikation von Motorpflügen konnte bei der bedrängten Lage der Landwirtschaft nicht so schnell erfolgen. Einfluss haben. Wenn sich auch der auf den Markt gebrachte Motorpflug als brauchbarer Maschine durchgesetzt hat, so wird doch die Entwicklung dieses neuen Geschäftszweiges davon abhängen, ob die Landwirtschaft wieder im Stande ist, die Motorisierung ihrer Betriebe weiterzuführen. Nach Abschreibungen von 203 190 (. V. 230 468) M. verbleibt ein Reingewinn von 307 218 M. woraus bekanntlich 6 % (7 %) Dividende vorgeschlagen werden. In der Bilanz von 1925 sind Veränderungen eingetreten. Die ausschiedenen Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

Elektromonanfabrik Hannover. Die Generalversammlung, die auf den 31. März einberufen war und die neben der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1925 ein Garantieabkommen mit einem grösseren Glasbläser genehmigen sollte, wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Moritz Prescher Nachfolger A.-G. zu Leipzig-Leutzsch. Der Aufsichtsrat beantragt eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1,2 Mill. M. auf 600 000 M.

Verein Deutscher Oelfabriken, Mannheim. Der den schon bekannten Vorschlag, die eine Dividende zu verteilen wieder nicht gestatten. Infolge der Geschäftsentwicklung im Jahre 1925 aus, die Gesellschaft hat sich weiter gesteigert. Man sei trotz der grossen Kreditunsicherheit und der Schwierigkeit kleiner Verhältnisse zu Ausnutzen davongekommen. Nach befriedigender Entwicklung in den ersten neun Monaten des Jahres 1925 hat sich die Gesellschaft einer rückgängigo Konjunktur in den Rohmaterialien gestellt, wodurch Verkäufe zur zu geschehen mit Gewinn nicht möglich waren. Immerhin konnte Last Bilanz stiegen die schwebenden Schulden von 4,31 auf 10,19 Mill. M. dagegen Warenbestände von 3,22 auf 3,67 Mill. M., Aussenstände von 661 287 auf 835 549 M.

Vereinigte Filzfabriken A.-G. Grossenbrenz. Die Generalversammlung beschloss die Verteilung von 7,2% Dividende auf die Vorzugsaktien und 4,5% auf die Stammaktien. Der Vorschlag auf die geringe Dividende sind grosse Rückstellungen, die wegen drohender Ausfälle für nötig befunden wurden.

Rheinische Chamotte- und Dinas-Werke, Mehlem (Rhein). Zu dem Verlust von 1 Million Mark aus 1925 ist zu bemerken, wir den Geschäftsbericht, dass die Abschreibungen von vorjährigen 201 670 M. auf 130 140 M. ermässigt werden. Dabei hat sich, wie der Bericht ausführt, der Beschäftigungsgrad etwas gebessert und betrug etwa 38% der Leistungsfähigkeit. Der Schlüssel 0,90 M. je Tonne betrug, in 1925 aber 2,336 M. Durch Erweiterungen und Umbauten erfahren die Anlagen einen Zugang von 121 040 M. Der Jahresverlust soll aus der Rücklage II gedeckt werden, die sich dann 339 466 M. auf 218 426 M. vermindert. Wenn ist der Bilanz zu entnehmen, dass die schwebenden Schulden 299 843 (307 183) M., dagegen Aussenstände 319 319 (319 492) M., Vorräte 846 040 (863 830) Mark betrugen.

Dividendenlose sächsische Aktiengesellschaften. Bei nachstehenden Gesellschaften sind diesmal auf die Stammaktien Dividenden nicht zu erwarten: Jose Lehnert, A.-G., die im Vorjahre aus 179 850 R.-M. Reingewinn noch 12½% auf 1.2 Mill. R.-M. Stammaktien verteilte; Vereinigte Werke Hermann Hasibig A.-G. und Compagnie Laferne, Tabak- u. Cigarettenfabrik A.-G., bei der der Verlustvortrag zu erwarten ist. — Die Sachsenwerk, Licht u. Kraft A.-G. in Niedersedlitz wird keine Dividende in Form abbauen. Die Frage, ob eine Dividende wird in Vorschlag gebracht werden können, ist noch nicht geklärt. Die für 1925 zu verzeichnende bedeutende Umsatzsteigerung lassen zwar mit verhältnismässig befriedigenden Gewinnziffern rechnen, doch haben gerade die bei dieser Gesellschaft massgebenden Persönlichkeiten stets Wert auf besonders vorsichtige Bilanzpolitik gelegt, die sich diesmal wieder durch Ausfall der Dividende auswirken dürfte, da die Mittel der Gesellschaft während des letzten Jahres sehr stark in Anspruch genommen waren.

Dividendenvorschlag.
Niederlausitzer Kohlenwerke, Berlin: 10 (0%).

Rigaer Commerzbank A.-G. Laut Geschäftsbericht hat die Bank das Jahr 1925 mit einem Reingewinn von 323 413 Lat abgeschlossen. Eine Dividende kommt nicht zur Ausschüttung. Das Grundkapital der Bank wurde im Jahre 1925 durch Emission von 300 000 Aktien zu je 10 Lat auf 8 Mill. Lat erhöht.

Deutschlands Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten. In Jahre 1925 betrugen die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, gewertete sich die deutsche Ausfuhr nach USA. ohne Gold und Silber 1 Milliarden 1 Mill. M. ohne Gold und Silber gegen 491,29 Mill. im Jahre 1924. Ihr stand eine Einfuhr von 2196,6 (1704,66) Mill. M. gegenüber, so dass die Handelsbilanz mit 1396,96 (1215,17) Mill. passiv war, sich also etwas verschlechtert hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten durch den dortigen Anbrauch Zwangsgarantien und seine Rückwirkungen stark begünstigt wurde. Ferner ist auf die Tatsache hinzuweisen, dass der Wert der Ausfuhr allgemein stärker gestiegen ist, als die Menge (infolge besserer Deklarationen der Exporteure u. a.). Die Ausfuhr von Steinkohlen betrug im Jahre 1925 3,79 (—) Mill. M., von Eisen 6,51 (0,90), von Eisenwaren 31,92 (18,21), zusammen 41,22 (19,11) Mill. M. Die Ausfuhr von Rohseiden und Halbprodukten betrug 144,62 (92,51), von Fertigwaren 446,98 (389,84) Mill. Gestiegen ist unter vorwiegend Gesamtzahl die Ausfuhr von Wolle (8,30 gegen 3,92), Pelzfellen (22,69 gegen 16,51), Aluminium (4,62 gegen 2,52), Kupferwaren (10,63 gegen 4,28), sonstige chemische Rohstoffe (19,36 gegen 8,42); gesunken ist die Ausfuhr von Zellstoff (13,25 gegen 16,61), Steinkohlenteerpech (3,79 gegen 8,47), Kunstseide (9,05 gegen 3,47), Leder (11,24 gegen 4,86), Farben (16,39 gegen 9,55), chemischen und pharmazeutische Erzeugnisse (55,24 gegen 35,67), Maschinen (16,97 gegen 11,76), Uhren (11,66 gegen 2,66). Die übrigen Warengruppen zeigen weniger bedeutende Steigerungen, einzelne Rückgänge, so neben Wollgarne, Garne aus Flachs, Hanf, Jute und dergl., Korkstoffen, Papier und Papierwaren und sämmtlich Kinderspielzeug (25,65 gegen 29,64 Mill. M.) Bemerkenswert ist nur für chemische Rohstoffe und Produkte sowie Farben erzielt worden: auf die entfällt eine Mehrausfuhr von 1 Mill. M. oder über die Hälfte der gesamten Mehrausfuhr. Von der anderen Hälfte wird der Teil wieder verschwinden. Dass bei einem derartigen Schnickentempo der Ausfuhrentwicklung kein grösserer Ausfuhrüberschuss im Interesse der Deutschen Gläubiger erzielbar kann, ist wohl klar. Dabei müssten sich doch gerade die Vereinigten Staaten ernstlich für verpflichtet halten, Deutschland die Dawes-Zahlungen zu erleichtern. Ohne Gewährung von Anleihen dürfen sich die Vereinigten Staaten der Pflicht nicht entziehen.

Herabsetzung des Körperschaftssteuerablösungsbetrages. Die Industriekreise, die bekanntlich die Ablösung der Körperschaftssteuer durch Ablösung der Gewerbesteuer begrüßen, herrschte die Meinung vor, dass die Glattstellungen wenigstens für einige Zeit beendet sein dürfte. Es scheint aber, dass die Ausgabe der Gesamtkartel, täglicher Geld vorläufigte sich auf 4½ %, was bei einem Zinsfuß von 6 % für die Kreditnehmer des Landes zurückgeblossen sind. Zu Beginn des Verkehrs lagen Kauforders in bedeutenden Beträgen vor, die aber infolgedessen zurückgezogen zur Folge hatten. Viele Werte des Eisenbahn- und Industrieaktienmarktes erreichten sich in 1 2 höhen. Mitbestimmend für die Hausse waren günstige Konjunkturberichte seitens der Oel-, Motor-, Stahl-, Kohlen- und Eisenbahnaktienbetriebsgesellschaften. Viel besprochen wurden an der heutigen Börse Meldungen, nach denen die Reichsbahnaktien spekulativ bald wieder ihre Arbeiten hinsichtlich der Revision des Verschreibungsplanes mit der Reichsbahnverwaltung aufnehmen. Der Interessengruppe hat mit den Bankiers eine Verlängerung der privaten Darlehen um ein Weiteres gewährt, dass die Bank später vereinzelt auftretende Verkaufsangebote zur auf Realisierungen zurückziehen, das an den Markt kommende Angebot wurde aber glatt absorbiert.

Künsberger Produktenbörse. 3 April.
(Freiverkehrskurse.) Preise je Ztr. frei Königsberg.

	2. 4.	1. 4.
Weizen	12,50—12,60	12,50—12,60
Roggen	7,50—8,50	7,50—8,50
Gerste	7,50—8,50	7,50—8,50
Hafer	7,50—8,50	7,50—8,50
Leinsaat	7,50—8,50	7,50—8,50
Weizenmehl	25,50—27,50	25,50—27,50
Roggenmehl	25,50—27,50	25,50—27,50
Weizenkleie	6,50—7,50	6,50—7,50
Roggenkleie	6,50—7,50	6,50—7,50
Leinkuchen	12,50—13,50	12,50—13,50
Rapskuchen	12,50—13,50	12,50—13,50
Kartoffelflocken	12,50—13,50	12,50—13,50
Kartoffelmehl	25,50—27,50	25,50—27,50
Kartoffelstärke	25,50—27,50	25,50—27,50

Berliner Butter. Die amtliche Berliner Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Grossverbraucher ist für Deutsche Butter (Ausfuhr Lasten) war am 3. 4.: für I. Qualität 1,78 R.-M., II. Qualität 1,63 R.-M., abfallende Qualität 1,43 R.-M. für ½ kg.

Die Umsätze an der Berliner Metallterminbörse betrugen im März 4010 Tonnen Kupfer und 215 Tonnen Zinn, gegenüber 6780 Kupfer und 5410 t Blei im Februar.

Englische Exportkredit-Versicherung.

Aus London schreibt uns unser H.-Mitarbeiter: Die englische Regierung, in dem Bestrebnis, Wirtschaft zu geben, und der Arbeitslosigkeit zu steuern, hat zu verschiedenartigen Formen der Nachhilfe gegriffen. Zuckerrübenindustrie und zurzeit der Kohlenbergbau haben ihre Subvention; denjenigen Produktionszweigen, die Nachhilfe gewährt, Konkurrenz fühlbar macht, gewährt man den Schutzzoll, wobei man anscheinend von dem Prinzip ausgeht, dass die ausländischen Waren kurzen unnobel ist, die mit niedrigeren Gestehungskosten arbeitet; für den Ausbau der Industrie und Gewerbe stehen die Fazilitäten des Trade Facilities Aktes zur Verfügung; und für den Aussenhandel hat man das System der staatlichen Exportkredite geschaffen.

Das letztere war indessen in zu bürokratischer Weise gehandhabt worden, in der praktischen Nutzen zu sein, und soll nunmehr modifiziert werden auf Grund eines neuen Planes der Export-kreditversicherung. Auf Grund desselben wird es nunmehr möglich sein, bei Ausfuhrkontrakten, die als kreditwürdig befunden werden, ohne Prüfung 75 % des Lieferungswertes staatlich zu versichern, selbst in Fällen wo eine vier- oder fünfjährige Zahlungsfrist Platz greift; dazu neben bleibt aber auch das alte System bestehen, wonach der Exporteur bei voller Regressopflicht sich die gezogenen Wechsel von dem Staate garantieren lassen und auf diese Weise die Basis schaffen kann, den Bankkredit zu erhalten, vorausgesetzt, dass der durzwischeingeschobene Fall vorgesehen, in welchem der garantierte Prozentsatz des Fakturenwertes überschritten ist, aber 75 % nicht überschreiten darf. Für die Haftpflicht der Regierung ist zunächst ein Gesamtbetrag von 16 Mill. £ im Auge gefasst, und die Uebernahme neuer Garantien soll im September 1926 aufhören. In der Zwischenzeit hofft man genügende Erfahrungen gesammelt zu haben, um evtl. die staatliche Garantie durch private Versicherung ersetzen zu können, welche bisher nur in beschränktem Masse zur Verfügung steht.

Man hofft, dass besonders die Schwer-Industrie von den neuen Fazilitäten profitieren wird, der bisher grosse Schwierigkeiten, die langfristigen Ziel bedingen, verloren gegangen sind infolge der Weigerung der englischen Banken, den erforderlichen Kredit zu gewähren.

Bankauswiese.

Bank von Frankreich. 1. April.

Gold in den Kassen	3 685 999 000	+	18 000 Fr.
Silber in den Kassen	1 000 000	unverändert	
Barvorrat in Silber	332 143 000	+	993 000
Wechsel von Franzosen	3 342 000 000	+	32 000 000
Wechsel von Bevorzugten nicht Franzosen	4 174 389 000	+	864 108 000
Gesamtgold Vorrat	3 685 999 000	+	18 000
Gesamtvorrat in Gold	4 018 000 000	+	31 966 000
Vorschüsse an den Staat	3 500 000 000	unverändert	
Vorschüsse an Staatsbehörden	3 292 000 000	+	3 000 000
Vorschüsse an Private	2 117 000 000	+	33 235 000
Notenumlauf	6 216 000 000	+	25 342 000
Gesamtvorschüsse	5 409 000 000	+	236 987 000
Privatgutgaben	1 196 184 000	+	2

Bank von England. 1. April.

Gesamtreserve	23 757 000	+	1 218 000 Lst.
Notenumlauf	127 162 000	+	145 000
Notenreserve	146 769 000	+	74 000
Goldvorrat	146 769 000	+	14 040 000
Wechselbestand	85 607 000	+	14 766 000
do. des Staates	2 000 000	+	21 535 000
Guthaben der Privaten	22 232 000	+	1 177 000
Guthaben des Staates	21 012 000	+	6 570 000
Reserverhältnis	52	+	18,41 gegen 20,54
Clearinghouse Umsatz	801 Millionen	gegen die entsprechende Vorwoche	1 Milliarden

---

Weiteres Erholungsmal an der New Yorker Börse. New York, 1. 4. (Funkspruch). Die gestern an der Effektenbörse eingetretene Erholung setzte sich heute fort. Allgemein herrschte die Meinung vor, dass die Glattstellungen wenigstens für einige Zeit beendet sein dürfte. Es scheint aber, dass die fluszigere Geldmarktlage, tägliches Geld vorläufigte sich auf 4½ %, was bei einem Zinsfuß von 6 % für die Kreditnehmer des Landes zurückgeflossen sind. Zu Beginn des Verkehrs lagen Kauforders in bedeutenden Beträgen vor, die aber infolgedessen zurückgezogen zur Folge hatten. Viele Werte des Eisenbahn- und Industrieaktienmarktes erreichten sich in 1 2 höhen. Mitbestimmend für die Hausse waren günstige Konjunkturberichte seitens der Oel-, Motor-, Stahl-, Kohlen- und Eisenbahnaktienbetriebsgesellschaften. Viel besprochen wurden an der heutigen Börse Meldungen, nach denen die Reichsbahnaktien spekulativ bald wieder ihre Arbeiten hinsichtlich der Revision des Verschreibungsplanes mit der Reichsbahnverwaltung aufnehmen. Der Interessengruppe hat mit den Bankiers eine Verlängerung der privaten Darlehen um ein Weiteres gewährt, dass das dann später vereinzelt auftretende Verkaufsangebot zur auf Realisierungen zurückziehen, das an den Markt kommende Angebot wurde aber glatt absorbiert.

Ballbehandlung werden die Prager von den bewährten Mannschaften der Tschechoslowakei erreicht. Rapid-S.F.C. und Tennis-Borussia treten natürlich mit den besten Kräften an, werden aber trotzdem keinen leichten Stand haben.

Besonder Stoff bas Fußballturnier bei 1. F.C. Kaufolin, an dem sich neben dem Meisterfaller auch die Spandauer Sportfreunde, Union 92 und Normärk beteiligen. Am Sonntag stehen sich die Spandauer und Kaufolin, sowie Union 92 und Normärk gegenüber, am Ostermontag Sieger und Besiegte. Am 1. Feiertag stehen sich weiter der F.I.B.-Pankow und Kickers in Pankow, am 2. Feiertag Meisterfaller 1900 und Tasmania in Weißensee gegenüber.

Union-Oberschöneweide weilt in Magdeburg bei Kickers 96 und in Halle beim SV 02. 96, der Berliner Sportverein bei den Stuttgarter Kickers, Viktoria in Dresden bei Dresdenia, Germania Rixdorf bei Hohenstaufen und in Münster beim B. f. Rasensport, der Spandauer Sportverein besucht Westdeutschland.

Mitteldeutsche Handball-Meisterschaft.

Polizei-Halle. Sieger.

Am Wiederholungsspiel um die Mitteldeutsche Handballmeisterschaft standen sich am Karfreitag Halle der vorige Polizei-Sportverein Halle und der SC. Fre